

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVII. Jahrgang, Nr. 8

August 1954

Inhalt

Die Konjunkturlage zu Beginn der Herbstsaison

Starkes Wachstum des Nationalproduktes — Ausweitung des Binnenmarktes bei anhaltender Außenhandelskonjunktur — Stabilisierung der Konjunktur - Hauptproblem der Wirtschaftspolitik

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrie-
produktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel; Außen-
handelsvolumen und Außenhandelspreise im II. Quartal 1954*

Der Importgehalt der Exporte

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die Konjunkturlage zu Beginn der Herbstsaison

Starkes Wachstum des Nationalproduktes — Ausweitung des Binnenmarktes bei anhaltender Außenhandelskonjunktur — Stabilisierung der Konjunktur - Hauptproblem der Wirtschaftspolitik

Starkes Wachstum des Nationalproduktes

Nach einem kräftigen Aufschwung im Frühjahr und Sommer nähert sich die österreichische Wirtschaft zu Herbstbeginn einem Zustand der Hochkonjunktur. Die Zahl der Beschäftigten und die Industrieproduktion sind höher als je zuvor, die verfügbaren sachlichen Produktionsmittel werden im ganzen — mit erheblichen Unterschieden von Zweig zu Zweig — in hohem Maße ausgenützt. Auch der Ausländerfremdenverkehr übertraf alle bisherigen Ergebnisse. Das reale Nationalprodukt war nach vorläufigen Schätzungen im I. Quartal 1954 um 5% und im II. Quartal um 11% höher als im Vorjahre. Ähnlich stark konnte die Gesamtproduktion bisher nur in der Wiederaufbaukonjunktur der Nachkriegsjahre und während der Koreahaube im Jahre 1951 ausgeweitet werden.

An der Zunahme des Nationalproduktes hatte die *Industrieproduktion* entscheidenden Anteil. Sie stieg von Jänner bis Juni um rund ein Drittel — saison-

gemäß war nur eine Zunahme von 14,7% zu erwarten — und war annähernd doppelt so hoch wie im Jahre 1937. (Im Juni erreichte der Index der Industrieproduktion die Rekordhöhe von 199,2, 1937 = 100.) Im I. Quartal 1954 wurde um 8,5% und im II. Quartal bereits um 16,3% mehr produziert als zur gleichen Zeit des Jahres 1953. Der Konjunkturaufschwung setzte allerdings nicht in allen Zweigen gleichzeitig ein und war verschieden stark. Im Juni erzeugten die Baustoff- und die Fahrzeugindustrie um über 40% und weitere 5 Zweige — die Eisenhütten, die Gießereien, die Elektro-, Papier- und chemische Industrie — um über 20% mehr als im Juni 1953. Im Bergbau, in den Metallhütten, in der Magnesit-, Textil- und Nahrungsmittelindustrie dagegen blieb die Produktionssteigerung unter 10%. Nach den Ergebnissen des *Konjunkturtestes des Institutes* wurde die Produktion auch während der Sommerurlaube nur wenig eingeschränkt. Die hohen Aufträge, die im August vor allem an die Investitions-

güterindustrien vergeben wurden, versprechen eine gute Herbstsaison.

Etwa gleich stark wie die Industrie expandierte die *Bauwirtschaft*. Auf Grund der Baustoffproduktion und der Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe dürfte das gesamte Bauvolumen im Sommer um etwa 10 bis 15% höher gewesen sein als im Vorjahre. Es wurden mehr Straßen, Wohnhäuser und öffentliche Gebäude gebaut. Die sich in den Sommermonaten zusammendrängenden Aufträge konnte das Baugewerbe nur mit Hilfe von Überstunden und unter Heranziehung branchenfremder Arbeitskräfte termingerecht erfüllen. Die Baukosten zogen daher kräftig an und waren vielfach höher als im Winter.

Die *landwirtschaftliche* Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr wenig verändert. Nach der Rekordernte vom Vorjahr wurde heuer nur eine mittelgute Getreideernte erzielt, die überdies unter Überschwemmungen gelitten hat. Auch Gemüse wurde weniger geerntet. Andererseits hat die Landwirtschaft mehr Milch und — zumindest im 1. Halbjahr — mehr Fleisch produziert. Ein verlässliches Urteil über die gesamte landwirtschaftliche Produktion ist gegenwärtig noch nicht möglich, da Hackfrüchte, Spätobst, Wein und Grummet erst teilweise geerntet wurden. Berücksichtigt man, daß das besonders trockene Wetter im Spätsommer einerseits das Wachstum der noch ausstehenden Feldfrüchte und der Wiesen hemmt, andererseits aber die Qualität der Trauben und den Zuckergehalt der Rüben verbessert, so dürfte die Gesamtproduktion knapp den Vorjahresstand erreichen. Die Marktleistung an Fleisch und Getreide war in den Sommermonaten etwas niedriger als im Vorjahr. Auch die *Forstwirtschaft* schlägerte im 1. Halbjahr mit 3,6 Mill. fm Holz annähernd gleichviel wie im 1. Halbjahr 1953. Wiewohl die Marktleistung auf Kosten des Eigenverbrauches erhöht und relativ mehr Nutzholz produziert wurde, konnte die stark steigende Nachfrage im In- und Ausland nur teilweise befriedigt werden.

Daß die Land- und Forstwirtschaft mit der Leistungssteigerung in der gewerblichen Wirtschaft nicht Schritt hielt, erklärt sich aus ihrer Abhängigkeit vom Wetter und von natürlichen Produktionsgrundlagen. Das kalte und regnerische Wetter im Frühjahr und

Frühsommer ließ nur eine mittelgute Getreideernte zu, wiewohl die Landwirtschaft mehr Kunstdünger und besseres Saatgut verwendete und die Arbeitsproduktivität durch verstärkten Einsatz von Maschinen steigerte. Außerdem kann die tierische Produktion kurzfristig nur wenig ausgedehnt werden, eine höhere Nachfrage hat daher zunächst fast zwangsläufig Preissteigerungen zur Folge.

Die Leistungen im *Handel* und im *Verkehr* erhöhten sich entsprechend dem größeren Gütervolumen. Der Import- und Exporthandel wickelte im 1. Halbjahr ein um 20% höheres Außenhandelsvolumen ab als im Vorjahre, der Einzelhandel versorgte die Konsumenten mit einer um 8% höheren Warenmenge. Die Leistungen im Güterverkehr der Bundesbahnen waren im 1. Halbjahr um 13% und im Juli um 18% höher als im Jahre 1953. Im *Fremdenverkehr* wurden im 1. Halbjahr um 24% mehr Ausländerübernachtungen gezählt, die Deviseneinnahmen waren um 41% höher. Dagegen hat das ungünstige Wetter die Reiselust der heimischen Bevölkerung gedämpft. Die Zahl der Übernachtungen überschritt nur geringfügig den Vorjahresstand und die Zahl der von der Bahn und im Straßenverkehr beförderten Personen war sogar etwas niedriger als im Jahre 1953.

Der *Arbeitsmarkt* wurde heuer bis in den Spätsommer verhältnismäßig stark entlastet. Wiewohl mit der Produktion auch die Produktivität beachtlich gesteigert werden konnte, nahm die Wirtschaft von Ende Februar — dem Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit — bis Ende August 243.000 zusätzliche Arbeitskräfte auf, um 62.500 mehr als im Vorjahr. Ende August wurde mit 2.051.900 Beschäftigten der bisher höchste Stand seit Bestehen der Republik erreicht. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden sank im August zum ersten Male seit dem Inflationsjahr 1951 unter 100.000; sie war mit 98.500 um 30.700 niedriger als im August 1953. Von den vorgemerkten Stellensuchenden sind über ein Viertel nur beschränkt vermittlungsfähig und die regionale und fachliche Struktur des Arbeitskräfteangebotes deckt sich vielfach nicht mit der Nachfrage nach Arbeitskräften. Unter den gegebenen Verhältnissen bedeutet die für eine Hochkonjunktur zweifellos

noch zu hohe Zahl von 98.500 — sie entspricht einer Arbeitslosigkeitsrate von 4,6% — konjunkturpolitisch keine echte Leistungsreserve. Die auf möglichst hohe Beschäftigung zielende Wirtschaftspolitik wird dieser unverhältnismäßig hohen Restarbeitslosigkeit besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Die mengenmäßige Ausweitung des Nationalproduktes war von einer leicht steigenden Tendenz von *Preisen* und *Löhnen* begleitet. Die Großhandelspreise waren Mitte August um 4,3% und die Lebenshaltungskosten um 3,6% höher als im Vorjahre. Die Nettotariflöhne sind im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 7,2% (ohne Kinderbeihilfen) gestiegen. Der Preisauftrieb erklärt sich großteils damit, daß das Angebot wichtiger heimischer Rohstoffe und Nahrungsmittel (z. B. Holz, Fleisch und Gemüse) kurzfristig nicht mit der Belegung der Nachfrage Schritt halten konnte und preiswerte Importe vielfach nicht erhältlich waren. Außerdem wurden bei einigen Industriewaren die höheren Löhne auf die Preise überwältigt. Auf den meisten Fertigwarenmärkten war jedoch die Konkurrenz so stark, daß der Absatz trotz lebhafterer Nachfrage nur bei stabilen und häufig sogar sinkenden Preisen ausgeweitet werden konnte.

Ausweitung des Binnenmarktes bei anhaltender Außenhandelskonjunktur

Das Nationalprodukt wuchs deshalb so rasch, weil sich bei anhaltend günstiger Außenhandelskonjunktur der Binnenmarkt zusehends belebte. Die Bedeutung dieser beiden Komponenten der Gesamtkonjunktur kann durch folgende Zahlen beleuchtet werden: Im II. Quartal 1954 waren annähernd 174.000 Arbeitskräfte unmittelbar oder mittelbar für den Export beschäftigt, um 24.000 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig ist jedoch die Gesamtzahl der Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft um 48.000, also doppelt so stark gestiegen. Die Mehrbeschäftigung im II. Quartal 1954 gegenüber dem Vorjahre resultierte demnach je zur Hälfte aus dem Export und aus dem Inlandsabsatz. Seither dürfte sich das Verhältnis zugunsten des absolut weit bedeutenderen Inlandsabsatzes verschoben haben. Die Konjunkturlage im Sommer 1954 unterscheidet sich damit grundlegend von der im Vorjahre, als nur die Außenwirtschaft expandierte und der Inlandsabsatz

gleichblieb oder sogar zurückging. (Im II. Quartal 1953 beschäftigte die gewerbliche Wirtschaft um 29.000 Arbeitskräfte weniger als im Jahre 1952, die Zunahme der für den Export Beschäftigten um 40.000 wurde durch einen Rückgang der Inlandsbeschäftigung um fast 70.000 überkompensiert.)

Die Exportkonjunktur hielt im Jahre 1954 unvermindert an. Die *Ausfuhr* war im 1. Halbjahr wertmäßig mit 290 Mill. \$ um 17% und volumenmäßig — bei einem Quantumindex von 171, 1937 = 100 — um 30,8% höher als im 1. Halbjahr 1953. Im Juli wurden Waren im Werte von 51,0 Mill. \$ exportiert, das sind nur um 1,1% weniger als im März, wiewohl saisongemäß ein stärkerer Rückgang zu erwarten war. Besonders einige Rohstoffe und Halbwaren, wie Holz, Zellulose und Papier, aber auch Maschinen und einige andere Fertigwaren konnten in steigenden Mengen im Ausland abgesetzt werden. Die anhaltend günstige Entwicklung des Exportes wurde durch die gute Konjunktur Westeuropas, vor allem Westdeutschlands, gefördert. Westdeutschland nahm im Juli 26% aller österreichischen Exporte auf, gegen nur 20% im Durchschnitt des Jahres 1953.

Im Gegensatz zur Ausfuhr war die *Gesamteinfuhr* im 1. Halbjahr 1954 wertmäßig mit 288 Mill. \$ nur um 0,7% und volumenmäßig — bei einem Quantumindex von 103, 1937 = 100 — nur um 10,2% höher als im 1. Halbjahr 1953. Das nur mäßige Steigen der Einfuhr zeigt, daß sich die Liberalisierung der Importe bisher noch nicht fühlbar ausgewirkt hat. Namhafte Importe wurden auch dank der guten Ernte des Vorjahres und durch den Abbau von Nahrungsmittelvorräten erspart. Außerdem konzentrierte sich die Export- und Binnenkonjunktur vielfach auf Waren mit geringem Importgehalt. Die zusätzlichen Exporte von Holz und Papier, die Ausweitung des Bauvolumens und die lebhaftere Nachfrage der Konsumenten nach Möbeln und Elektrogeräten beanspruchten nur wenig zusätzliche Importe. Der Verbrauch von „importintensiven“ Waren, wie von Textilien, ist dagegen nur relativ wenig gestiegen.

Die Belebung des Binnenmarktes ist teilweise eine natürliche Folge der Außenhandelskonjunktur. Die höheren Exporterlöse flossen der privaten und öffentlichen Wirtschaft in Form zusätzlicher Ge-

winne, Löhne und Steuern zu und erlaubten ihr, die heimische Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zu verstärken. Die Exportkonjunktur beeinflusste die Erwartungen der Unternehmer und ihre Investitionsneigung sicherlich auch indirekt positiv. Trotzdem hätte sie vermutlich nur verhältnismäßig langsam auf den Binnenmarkt übergegriffen, wenn nicht unabhängig von ihr „autonome“ Konjunkturimpulse von der Binnenwirtschaft ausgegangen wären. Vor allem die expansive Budgetpolitik der öffentlichen Körperschaften, die im Jahre 1954 mit Hilfe von Krediten und Anleihen ein erheblich größeres Investitionsvolumen finanzierten als im Vorjahre, bewährte sich als konjunkturfördernder Faktor ersten Ranges, aber auch der Umstand, daß der konjunkturdämpfende Abbau von Vorräten zumindest in der gewerblichen Wirtschaft Ende 1953 abgeschlossen war und die Ausweitung der Ratengeschäfte vielen Haushalten die Möglichkeit gab, vorübergehend mehr als ihr laufendes Einkommen auszugeben, trugen zur wirtschaftlichen Belebung bei.

Die *Bruttoinvestitionen* des Anlagevermögens¹⁾ waren im I. Halbjahr 1954 um 10% und im II. Quartal 1954 bereits um 18% höher als im Vorjahre. Sie erreichten damit wieder den bisher höchsten Stand vom II. Quartal 1952. Die lebhafte Investitionstätigkeit verdient um so stärkere Beachtung, als nur noch wenig ERP-Mittel zur Verfügung standen — im I. Halbjahr 1954 wurden nur 528 Mill. S für Investitionen freigegeben, gegen 1.312 Mill. S im I. Halbjahr 1951 — und gleichzeitig, wie der Überschuß in der Zahlungsbilanz zeigt, im beträchtlichem Umfang Kapital exportiert wurde.

Auf Grund der Voranschläge des Bundes und der Gebietskörperschaften ließ sich bereits an der Jahreswende für das Jahr 1954 ein relativ hohes Investitionsvolumen der öffentlichen Hand und damit eine lebhaftere Bautätigkeit voraussehen. Tatsächlich sind im I. Halbjahr nicht nur die Aufträge an das Baugewerbe, sondern auch die Anschaffungen maschineller Investitionsgüter sprunghaft gestiegen.

¹⁾ Berechnet aus dem Bauvolumen und der Inlandsversorgung mit maschinellen Investitionsgütern. Siehe „Ein Index der Bruttoinvestitionen“, Beilage Nr. 21 der Monatsberichte, August 1953.

Im I. Quartal 1954 bezog die heimische Wirtschaft nur knapp so viel Maschinen, Elektrogeräte und Nutzfahrzeuge wie im Vorjahre, im II. Quartal 1954 aber um fast 30% mehr. Die hohen Aufträge, die nach dem Konjunkturtest des Institutes im August d. J. in der Maschinenindustrie eingingen, lassen im Herbst eine weitere Zunahme der maschinellen Investitionen erwarten.

Die kräftige Zunahme des Investitionsvolumens war nur möglich, weil gleichzeitig mit der öffentlichen Hand auch die private Wirtschaft wieder mehr investierte. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft. Im I. Quartal 1954 bezog sie nur etwa halb so viel Traktoren und Landmaschinen wie ein Jahr vorher, im II. Quartal (bzw. im Juli) aber um 9% (51%) und 27% (127%) mehr. Da die Bestellungen von Traktoren rascher zunahm als ihre Produktion ausgeweitet werden konnte, mußten die Lieferfristen vielfach verlängert werden. Die rege Investitionstätigkeit der Landwirte geht teilweise auf die Bereitstellung billiger mittelfristiger Kredite für Maschineneinkäufe zurück. Außerdem verfügten viele Landwirte im Frühjahr 1954 dank der guten Ernte des Vorjahres und den höheren Erlösen aus Viehverkäufen über größere flüssige Mittel, die sie nunmehr zur Rationalisierung und Mechanisierung ihrer Betriebe ausnützen. (Die Spareinlagen bei den Raiffeisenkassen, die vorwiegend landwirtschaftliche Gelder verwalten, sind von September 1953 bis März 1954 um 304 Mill. S gestiegen, um 33% stärker als die Spareinlagen bei anderen Kreditinstituten.)

Auch die gewerbliche Wirtschaft gibt wieder mehr für neue Anlagen aus. In einigen Zweigen legt die hohe Ausnutzung der Kapazitäten Erweiterungsinvestitionen nahe, in anderen Zweigen zwingen die höheren Löhne, die Verteuerung der Rohstoffe und die scharfe Konkurrenz auf den Absatzmärkten zu Rationalisierungsinvestitionen. Die Mittel hiefür stammen teils aus den laufenden Gewinnen, teils aus den in den Vorjahren aufgespeicherten Liquiditätsreserven. Dagegen stand langfristiges Fremdkapital nur in geringem Umfang zur Verfügung, da der Wertpapiermarkt bisher nur der öffentlichen Wirtschaft zugänglich war.

Der Einkommenszuwachs aus den Exporten und heimischen Investitionen schuf die Basis für einen

stetig wachsenden *privaten Konsum*. Die Umsätze im Einzelhandel waren mengenmäßig im I. Quartal 1954 um 5% und im II. Quartal um 10% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Bevölkerung kaufte vor allem mehr dauerhafte Konsumgüter, wie Möbel, Einrichtungsgegenstände, Kraftfahrzeuge und elektrische Haushaltgeräte. Aber auch Lebensmittel, Lederwaren, Spielwaren und Papierwaren gingen weit besser als im Jahre 1953. Dagegen hat der Absatz von Textilien und Schuhen infolge des schlechten Wetters und wegen des stärkeren Interesses der Konsumenten an langlebigen Konsumgütern nicht ganz die Erwartungen des Handels erfüllt. Trotzdem waren auch hier die Mengenumsätze im II. Quartal 1954 um 10% und 9% höher als im Vorjahre (im I. Quartal 1954 waren sie nur um 5% und 3% höher). Nur von Tabakwaren blieben sie infolge der Preiserhöhung um etwa 8% hinter dem Vorjahre zurück.

Berücksichtigt man, daß die ausländischen Besucher heuer in Österreich mehr ausgegeben haben als im Vorjahre und die Ausgaben der heimischen Bevölkerung für verschiedene Dienstleistungen (Urlaube, Besuche von Vergnügungsstätten usw.), für Gas, Strom, Mieten und verschiedene vom Handwerk unmittelbar an die Konsumenten verkaufte Waren nicht so stark gestiegen sind wie die Umsätze des Einzelhandels, dann dürfte der private Verbrauch im II. Quartal 1954 mengenmäßig um 5% bis 6% höher gewesen sein als im Vorjahre.

Die verfügbaren Masseneinkommen dürften Mitte 1954 nominell um etwa 10% höher gewesen sein als im Vorjahre. Davon entfielen etwa 4% auf die seit Jahresbeginn erfolgten Lohn- und Gehaltserhöhungen, 3,5% auf die Zunahme der Beschäftigung und 2,5% auf die Ermäßigung der Lohnsteuer. Der Rückgang der Arbeitslosenunterstützungen wurde durch die Erhöhung der Sozialrenten mehr als kompensiert. Da gleichzeitig die Konsumentenpreise im Durchschnitt um 3% bis 4% gestiegen sind, dürfte sich die reale Kaufkraft der Masseneinkommen insgesamt um etwa 6% bis 7% erhöht haben. (Die Verbesserung des Realeinkommens pro Beschäftigten war erheblich geringer.)

Trotz der beachtlichen Konsumausweitung ließen die verfügbaren Einkommen Spielraum für eine

kräftige Belebung der *Spartätätigkeit*. Die Einlagen auf Sparkonten, die allerdings nur einen Teil der Ersparnisse der Gesamtbevölkerung umfassen und vielfach zeitlich dem Konsumverzicht nachhinken, waren im II. Quartal 1954 mit 532 Mill. S um 62% höher als im Vorjahr. Die Bevölkerung spart allerdings meist nur kurzfristig für größere Anschaffungen. Langfristiges Sparen hat nach wie vor nur geringe Bedeutung. Darunter leidet nicht nur der Wertpapiermarkt, sondern auch die Lebensversicherung, der es bisher nur in bescheidenem Umfange gelang, die Bevölkerung für eine langfristige Alters- und Hinterbliebenenvorsorge zu gewinnen.

Stabilisierung der Konjunktur-Hauptproblem der Wirtschaftspolitik

Die Voraussetzungen für ein stetiges Wachstum des Nationalproduktes sind, wenn auch mit Einschränkungen, weiterhin günstig. Die gute Konjunktur Westeuropas, besonders Westdeutschlands, kommt dem österreichischen Export sehr zustatten und die immer mehr in Schwung kommende Binnenkonjunktur sichert der heimischen Wirtschaft auf längere Sicht auch im Inlande aufnahmefähige Märkte. Eine spekulative Übersteigerung der Konjunktur, die das Preis-Kostengefüge und die Produktionsstruktur verzerren und bereits den Keim eines Tendenzumschwunges in sich tragen würde, ist bisher nicht zu beobachten. Auch von der Lagerwirtschaft her sind Störungen kaum zu befürchten. Im Gegensatz zum Jahre 1951, als die Preishausse zu Vorratskäufen anregte und die Produktion dem laufenden Endabsatz weit vorauseilte, sind die Unternehmer gegenwärtig eher bemüht, ihre Vorräte möglichst klein zu halten. Die im Konjunkturtest des Institutes meldenden Firmen der Industrie, des Groß- und Kleinhandels bezeichnen ihre Vorräte meist als ausreichend oder, wie in der Elektro-, eisenverarbeitenden und holzverarbeitenden Industrie als zu klein. Nur in wenigen Fällen (in einzelnen Zweigen der Leder- und Textilwirtschaft) werden die Vorräte als zu groß betrachtet.

Für eine gesunde Expansion der Wirtschaft spricht vor allem auch die günstige Lage der Zahlungsbilanz. Dank der Stabilisierung der Währung und der Vereinheitlichung der Wechselkurse konnte

das Wirtschaftsgefüge in den letzten Jahren nachhaltig zugunsten der Exportwirtschaft umgeschichtet werden. Die Exportquote der Industrie ist von 21% im Jahre 1950 auf 29% im 1. Halbjahr 1954 gestiegen. Die österreichische Wirtschaft kann daher nicht nur den bei Vollbeschäftigung notwendigen Importbedarf mühelos aus eigener Kraft decken (der Gold- und Devisenbestand der Österreichischen Nationalbank betrug Ende August 10.171 Mill. S), sondern hat es auch in der Hand, durch eine weitere Liberalisierung der Einfuhr Preisauftriebstendenzen vorzubeugen und in steigendem Maße die Produktivitätsvorteile einer größeren internationalen Arbeitsteilung auszunützen.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage bietet allerdings nicht nur günstige Chancen, sondern birgt auch nicht zu übersehende Gefahren. Die österreichische Wirtschaft nähert sich einem Zustande der Vollbeschäftigung. Die Absatzsorgen einiger Zweige und die Arbeitslosigkeit in einigen Berufen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Produktion im ganzen und auf kurze Sicht nur noch wenig ausgedehnt werden kann. Viele Zweige, wie die Bauwirtschaft, das Baunebengewerbe, die Forstwirtschaft und einige Sparten der eisenverarbeitenden Industrie und der Metallhütten sind überbeschäftigt und können eine zusätzliche Nachfrage nicht mehr befriedigen. Auch elektrische Energie dürfte im kommenden Winter wieder knapp werden, wenn der Stromverbrauch weiter so rasch wächst wie bisher. In anderen Zweigen gibt es zwar noch freie Kapazitäten, aber keine geschulten Facharbeiter mehr. Das knappe Angebot heimischer Produkte durch Einfuhren zu ergänzen, ist jedoch nicht immer möglich. Viele ausländische Waren sind teurer und das auf den „normalen“ Importbedarf zugeschnittene System von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen läßt sich nicht rasch genug an wechselnde wirtschaftliche Bedingungen anpassen. Unter diesen Umständen kann das Nationalprodukt künftig fast nur noch durch Steigerung der Produktivität und durch Verminderung der übermäßig hohen Saisonarbeitslosigkeit im Winter vermehrt werden.

Dem durch die Knappheit und den Ergiebigkeitsgrad der Produktivkräfte begrenzten Angebot stehen

jedoch *starke monetäre Auftriebskräfte* gegenüber. Während ein von der Binnenwirtschaft ausgehender Aufschwung in der Regel automatisch dadurch gebremst wird, daß sich in der Hochkonjunktur der Geld- und Kapitalmarkt anspannt, die Zinssätze steigen und die Banken das Kreditangebot verknappen, sind gegenwärtig Wirtschaft und Kreditapparat äußerst liquid. Die seit Mitte 1952 hohen Überschüsse der Zahlungsbilanz haben nicht nur das zirkulierende Geldvolumen von Mitte 1952 bis Mitte 1954 um 7·8 Mrd. S oder 44% erhöht, sondern auch die Kreditinstitute dauernd mit zusätzlichem Notenbankgeld versorgt. Diese Liquiditätsreserven wurden bisher von den Kreditinstituten nicht verwendet, da die Nachfrage der Wirtschaft nach Krediten aus den Neuzugängen auf Sparkonten gedeckt werden konnte. Die Kreditinstitute sind daher selbst im gegenwärtigen Stadium der Hochkonjunktur äußerst liquid und könnten — auch wenn sie die Notenbank nicht unterstützt — eine starke Ausweitung der gesamten kaufkräftigen Nachfrage finanzieren. Ihre freien Giroguthaben bei der Notenbank erreichten Ende August 3.257 Mill. S, um 2.118 Mill. S mehr als Ende August 1953. Außerdem verfügen sie über rund 2 Mrd. S Besatzungskostenschatzscheine, die die Notenbank kraft gesetzlichen Bestimmungen jederzeit übernehmen muß.

Auf Grund dieser effektiven und potentiellen *Liquiditätsreserven* wären die Kreditinstitute imstande, in beachtlichem Umfang zusätzliche Kredite zu gewähren. Die derzeit geltende quantitative Kreditkontrolle könnte eine solche Entwicklung nur teilweise verhindern. Das Kreditvolumen der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute war Ende Juli um 1.956 Mill. S niedriger als das im Rahmen der bestehenden Vorschriften zulässige Kreditvolumen. Ihre erste und zweite Liquidität war im gleichen Zeitpunkt um 78% und 43% höher als die vereinbarten Mindestreserven. Gewiß werden diese Liquiditätsreserven nicht kurzfristig in die Wirtschaft strömen. Die Gewährung von Krediten und Anleihen durch die Kreditinstitute hängt maßgeblich von der kreditwürdigen Nachfrage der Wirtschaft und von den Veranlagungsvorschriften der Institute ab. Andererseits aber darf nicht übersehen werden, daß die brach

liegenden flüssigen Mittel die Ertragslage der Institute empfindlich belasten und ihnen nahelegen, jede kommerziell vertretbare Anlagemöglichkeit auszunutzen. Man muß also damit rechnen, daß die überschüssigen Liquiditätsreserven nach und nach im Wege kommerzieller Kredite an die Wirtschaft oder im Wege von Anleihen an öffentliche Körperschaften, die als mündelsicher gelten und daher ein begehrtes Anlageobjekt sind, in das zirkulierende Geldvolumen gelangen und die Kaufkraft der öffentlichen und privaten Wirtschaft vermehren werden.

Vorsicht bei Ausweitung des Geldvolumens scheint aber nicht zuletzt deshalb geboten, weil künftig nicht mehr mit einer ähnlichen Verminderung der *Umlaufgeschwindigkeit des Geldes* wie in den vergangenen Jahren gerechnet werden kann. Seit der Stabilisierung des Geldwertes Ende 1951 war ein namhafter Teil der zusätzlich in Verkehr gebrachten Umlaufmittel ohne sichtbare Wirkung auf die Gesamtnachfrage geblieben, da die öffentliche und private Wirtschaft ihre Kassenshaltungsreserven erhöhte. Im II. Quartal 1954 war die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes — gemessen am Verhältnis von Umsatzsteuereinnahmen und zirkulierendem Geldvolumen — um 12% niedriger als im II. Quartal 1953 und sogar um 21% niedriger als im II. Quartal 1951, im Höhepunkt der Koreahauss. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man Bargeldumlauf und Einzelhandelsumsätze vergleicht. Dieser Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit ist jedoch in jüngster Zeit erheblich schwächer geworden und dürfte — wenn die Wirtschaft die Zukunft optimistisch beurteilt — in absehbarer Zeit überhaupt aufhören. Jede weitere Ausweitung des Geldvolumens müßte daher künftig verhältnismäßig rasch und in annähernd gleichem Ausmaße die Geldausgaben der Wirtschaft erhöhen.

Schließlich muß in die bisherigen Überlegungen auch der Faktor *Zahlungsbilanz* einbezogen werden. Für die Beurteilung der künftigen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wäre es sehr wichtig zu wissen, ob es sich bei den gegenwärtigen Zahlungsbilanzüberschüssen um ein strukturelles, oder im wesentlichen lediglich um ein temporäres, durch Sonderkonstellationen bedingtes Phänomen handelt. Beide grundsätzlich verschiedenen Möglichkeiten

legen eine verschiedene wirtschaftspolitische Therapie nahe. Handelt es sich tatsächlich um echte strukturelle Überschüsse, dann wäre zu erwägen, ob der auf die Dauer unerwünschte Kapitalexport besser durch eine realistischere Bewertung des Schilling oder durch eine Angleichung von Preisen und Lohnkosten an das Weltmarktniveau vermieden und auf diese Weise ein Gleichgewicht in den internationalen Zahlungsströmen hergestellt werden könnte. Im zweiten Falle müßten allerdings auch die Risiken und Nachteile einkalkuliert werden, die eine — wenn auch nur kurzfristige — Preisgabe der Preis-Kostenstabilität für andere volkswirtschaftliche Ziele, wie etwa der Schaffung eines leistungsfähigen Kapitalmarktes, mit sich brächten. Sind die Zahlungsbilanzüberschüsse aber nur vorübergehender Natur, dann wären auf eine Strukturänderung zielende wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht nur unzweckmäßig, sondern unter Umständen sogar äußerst bedenklich.

Verschiedenes spricht dafür, daß die gegenwärtigen Überschüsse in der österreichischen Zahlungsbilanz im wesentlichen nicht struktureller Natur sind. Von der gesamten Zunahme der valutarischen Bestände im 1. Halbjahr 1954 um 84·7 Mill. \$ entfielen 13·2 Mill. \$ auf die Auslandshilfe, 31·8 Mill. \$ auf statistisch nicht erfaßte Transaktionen und 43·6 Mill. \$ auf Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen, die hauptsächlich von den Besatzungsmächten stammen. Diese Einnahmen werden oder können zumindest in absehbarer Zeit versiegen. Außerdem muß künftig mit einigen anderen zusätzlichen Belastungen der Zahlungsbilanz gerechnet werden. Die landwirtschaftlichen Importe, die im 1. Halbjahr 1954 dank der guten Ernte und den hohen Vorräten um 23 Mill. \$ niedriger waren als im 1. Halbjahr 1953, werden künftig wieder steigen, weiters hat sich die Belegung des Binnenmarktes bisher noch nicht voll auf die Importe ausgewirkt. Wahrscheinlich würde bereits eine etwas substanziellere und großzügigere Liberalisierung der Importe das Zahlungsbilanzproblem schon innerhalb kurzer Zeit von selbst weitgehend lösen. Schließlich muß auch daran gedacht werden, daß schon in absehbarer Zeit entscheidend wichtige oder vielleicht sogar alle westeuropäischen Staaten ihre Währung konvertierbar erklären werden. Österreich könnte sich im wohlverstandenen eigenen Interesse

einer solchen Entwicklung nicht entziehen. In diesem Falle aber bedarf es neben einem ausreichenden Devisenpolster auch einer möglichst gut fundierten Zahlungsbilanz.

Faßt man die im Vorstehenden skizzierten nachfragebestimmenden Faktoren zusammen: die hohe Geldflüssigkeit der Wirtschaft, die Neigung der Kreditinstitute ihre Liquiditätsreserven auszuschöpfen, die Vermehrung des Geldvolumens durch temporäre Überschüsse in der Zahlungsbilanz sowie die Tatsache, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht mehr oder nur noch wenig zurückgehen dürfte, dann ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die kaufkräftige Nachfrage künftig stärker steigt als die durch reale Faktoren begrenzte Produktion. Die moderne konjunkturbewußte Wirtschafts- und Finanzpolitik verfügt heute jedoch über sovieler direkte und indirekte Möglichkeiten einer Beeinflussung des Konjunkturablaufes, daß sie ein Umschlagen der

gegenwärtigen Hochkonjunktur in eine Überkonjunktur — mit allen ihren nachteiligen Folgen — rechtzeitig vermeiden kann. Hatte die Wirtschaftspolitik seit Jahr und Tag ihr Hauptaugenmerk darauf gewendet, die Binnenwirtschaft aus ihrer Stagnation, in die sie im Zuge der Stabilisierung der Währung geraten war, zu lösen, und hatte sie bisher zielbewußt und erfolgreich die kaufkräftige Nachfrage zu stärken getrachtet, so wird sie nunmehr darauf bedacht sein müssen, die starken expansiven Kräfte, denen eine gewisse Eigengesetzlichkeit innewohnt, gegebenenfalls durch restriktive Kräfte einzudämmen, damit Währung und Zahlungsbilanz nicht gefährdet werden. Die Wirtschaftspolitik hat jetzt die Aufgabe, das erreichte hohe Niveau von Produktion und Beschäftigung zu erhalten, für ein kontinuierliches Wachsen des Nationalproduktes zu sorgen und damit die Voraussetzungen für eine stetige Verbesserung der Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung zu sichern.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Nachdem im Mai und Juni nur wenig kommerzielle Kredite gewährt worden waren, stieg das *Kreditvolumen* im Juli sprunghaft um 494 Mill. S, stärker als in irgendeinem Monat seit August 1951. Besonders die Sparkassen (+97 Mill. S) und die Hypothekenanstalten (+70 Mill. S) haben relativ viel zusätzliche kommerzielle Kredite vergeben. Ein namhafter Teil dürfte der Bauwirtschaft zugeflossen sein, die seit Jahresbeginn größere Kreditzusagen erhielt und sie nunmehr – am Höhepunkt der Bausaison – ausnützt. Die kommerziellen Kredite und die Wertpapierkäufe der Sparkassen und Hypothekenanstalten beanspruchen einen Großteil der ihnen zufließenden flüssigen Mittel, so daß sie nur noch geringe Beträge an die Banken verleihen. Die Zwischenbankeinlagen der Aktienbanken und Bankiers erhöhten sich im II. Quartal 1954 nur um 70 Mill. S, gegen 1.212 Mill. S im I. Quartal 1954. Im Juli wurden von den beiden Großbanken sogar 197 Mill. S Zwischenbankeinlagen abgezogen.

Die *Gold- und Devisenkäufe* der Notenbank sind weiterhin geringer als im Vorjahre. Im Juli und August erwarb sie per Saldo 560 Mill. S und 421 Mill. S Gold und Devisen, um 219 Mill. S und 366 Mill. S weniger als in den gleichen Monaten 1953. Außer der Liberalisierung und der Dezentralisierung des Zahlungsverkehrs dürfte eine Rolle spielen, daß sich ausländische Banken heuer bereits zu Beginn der Fremdenverkehrssaison mit Schilling eingedeckt hatten. Der Rückgang der Devisenkäufe beschränkte sich ausschließlich auf EZU-Währungen. Von Mai bis August erwarb die Notenbank nur 667 Mill. S EZU-Währungen, um 779 Mill. S weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dagegen war der Zustrom sonstiger Devisen seit Mai annähernd so hoch wie im Vorjahre. In nächster Zeit dürften allerdings die Bestände an EZU-Währungen wieder stärker zunehmen, da Österreich eine Weltbankanleihe für den Ausbau des Kraftwerkes Reibeck in Höhe von 312 Mill. S erhielt, die in EZU-Währungen zur Verfügung gestellt wird. Nur ein kleiner Teil der Devisen wird unmittelbar für ausländische Maschinen ausgegeben

werden; der überwiegende Teil wird an die Notenbank gegen heimische Zahlungsmittel verkauft werden und ihre valutarischen Bestände erhöhen.

Trotz der stärkeren Kreditexpansion und den noch immer bedeutenden Devisenkaufen der Notenbank stieg das gesamte *Geldvolumen* im Juli nur um 340 Mill. S, um 341 Mill. S weniger als im Vormonat und um 211 Mill. S weniger als im Juli 1953. Das Giralgeld nahm sogar um 26 Mill. S ab: der Rückgang der öffentlichen Guthaben bei der Notenbank um 54 Mill. S wurde nur teilweise durch eine Zunahme der Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten um 28 Mill. S wettgemacht. Die relativ geringe Ausweitung des Geldvolumens läßt sich nur teilweise mit dem anhaltend hohen Zuwachs auf Sparkonten und der Stilllegung von 70 Mill. S auf dem Counterpart-Konto erklären. Wahrscheinlich haben auch die Kreditinstitute im Gegensatz zu den Vormonaten nur wenig Anleihen übernommen.

Auch im August dürfte das Geldvolumen nur wenig zugenommen haben. Dafür spricht vor allem, daß der Notenumlauf um 38 Mill. S zurückging, während er im August 1952 und 1953 um 120 Mill. S und 137 Mill. S gestiegen war. Dank der Abnahme des Notenumlaufes, die vermutlich mit der Verzögerung der Ernte zusammenhängt, hat die Liquidität der Kreditinstitute weiter zugenommen. Sie konnten 356 Mill. S auf freien Girokonten bei der Notenbank einlegen, wiewohl ihnen durch Überweisungen auf freie und gesperrte öffentliche Guthaben bei der Notenbank 116 Mill. S flüssige Mittel entzogen wurden.

Die Einlagen auf *Sparkonten* waren auch im Juli mit 236 Mill. S (vorläufige Zahl, die voraussichtlich noch nach oben korrigiert werden dürfte) bemerkenswert hoch. Im ganzen scheint sich die Zuwachsrate auf einem Niveau zu stabilisieren, das um 70% höher liegt als im Vorjahre. Die ungewöhnliche Steigerung der Spareinlagen vom III. und IV. Quartal 1953, als infolge der guten Ernte vor allem bei den Raiffeisenkassen, aber auch bei anderen Instituten um 93% und 436% mehr Spargelder eingelegt wurden als ein Jahr vorher, dürfte künftig kaum mehr erreicht werden.

Zusammensetzung der Devisenkäufe der Notenbank

	EZU-ubersch		Sonstige Devisen ¹⁾	
	1953	1954	1953	1954
	Mill. S			
Mai.....	96	86	420	306
Juni.....	395	250	183	199
Juli.....	471	198	308	362
August.....	484	133	303	288

¹⁾ Differenz zwischen den angewiesenen Gold- und Devisenkaufen und dem EZU-ubersch; ohne berschtze gegenüber den Verrechnungslandern.

Entwicklung der Spareinlagen

Zeit	Zunahme insgesamt	Ohne Raiffeisenkassen	%Veranderung der Zunahme gegenüber dem Vorjahr	
			insgesamt	ohne Raiffeisenkassen
	Mill. S			
1953 I. Qu.	617'5	501'5	27'5	19'6
II. „	327'5	273'7	61'2	56'2
III. „	472'9	370'1	92'9	82'2
IV. „	354'8	254'6	436'0	284'6
1954 I. „	1.045'7	841'6	69'3	67'8
II. „	531'7 ²⁾	414'9	62'4 ²⁾	51'6

²⁾ Vorläufige Zahlen, die noch nach oben berichtigt werden dürften.

Auf dem *Aktienmarkt* notierten Mitte August die Aktien verstaatlichter Unternehmen, für die vorläufig keine Entschädigung gezahlt wird, höher als Mitte Juli. Offenbar werden angesichts der entspannten welt-politischen Lage die Chancen für eine Entschädigung günstiger eingeschätzt. Der Kursindex der verstaatlichten Werte stieg um 13%, während Aktien privater Unternehmungen durchschnittlich nur um 3% höhere Kurse erzielten. Die Nachfrage nach *festverzinslichen Wertpapieren* ist weiterhin sehr rege. Besonders mündelsichere Wertpapiere, die von den Sparkassen erworben werden dürfen, sind stark gefragt. Für Energie- und Opernanleihe werden im Verkehr außerhalb der Börse Kurse angeboten, die über den der freien Kursbildung entzogenen offiziellen Notierungen liegen. Dagegen sind die Kurse für Industrieobligationen seit Jahresbeginn nur wenig gestiegen, wenn man von den Girosammelstücken absieht, die durch die bevorstehende Wertpapierbereinigung an Wert gewonnen haben. Die vielfach für überhöht geltenden Kurse der 2%igen Bundesschuldverschreibungen 1947 sanken von Mitte Juli bis Mitte August von 92 auf 86.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8 und 10.1

Die leicht steigende Tendenz von Preisen und Löhnen hielt auch im August an. Die lebhafte Nachfrage im In- und Ausland führte vielfach zu Verknappungen und erleichterte die Überwälzung höherer Lohnkosten auf die Preise. Die Konkurrenz um das knappe Angebot ließ besonders die Preise auf den Märkten für Vieh und Holz steigen. Auch die Löhne sind weiter in Bewegung. Nachdem die wichtigsten und einflußreichsten Gewerkschaften bereits Lohn-erhöhungen durchsetzen konnten, werden nunmehr die Löhne und Gehälter in den übrigen Branchen und Gebieten nachgezogen. Diese Auftriebstendenzen werden allerdings durch starke Gegenkräfte gedämpft. Die im ganzen wieder leicht sinkenden Weltmarktpreise verbilligen den Import, die rasch steigende Produktivität ermöglicht vielen Betrieben, auch bei unveränderten Verkaufspreisen höhere Lohn- und Rohstoffpreise zu zahlen, und die scharfe Konkurrenz auf den meisten Konsumgütermärkten zwingt zu einer vorsichtigen Preispolitik. Gleichzeitig bemüht sich die Wirtschaftspolitik, die Auftriebstendenzen einzudämmen. Die Viehpreise werden durch Importe unter einer gewissen Kontrolle gehalten, geeignete Maßnahmen zur Stabilisierung der Holzpreise werden erwogen. Auch die Gewerkschaftsführung hat sich für eine maßvolle, den wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragende Lohnpolitik entschieden.

Auf den *internationalen Rohwarenmärkten* überwogen im August Preissenkungen. Die seit einem Jahr vorherrschende Hausse auf den Märkten für Kaffee und Kakao klingt ab, die devisa-politischen Maßnahmen Brasiliens, des wichtigsten Kaffeexportlandes, die auf eine 20- bis 30%ige Abwertung hinauslaufen und die Aufhebung der in Dollar fixierten Mindestexportpreise, ließen die Kaffeepreise auf den wichtigsten Warenbörsen im August bis zu 25% sinken. Von der rd. 50%igen Preissteigerung im Laufe des letzten Jahres wurden damit allein im August wieder drei Viertel rückgängig gemacht. Kakao, der seit Jahresfrist um 100% teurer geworden war, wurde nur um 15% billiger, da das Angebot weiterhin relativ knapp ist. Außer Genußmitteln wurden einige Textilrohstoffe billiger. Zu Beginn der neuen Woll-saison in Australien drückte das hohe Angebot die Preise um 7 bis 10%.

Dagegen zogen die Preise für NE-Metalle an der Londoner Metallbörse merklich an. Das wird darauf zurückgeführt, daß die Vereinigten Staaten stärkere Vorratskäufe angekündigt haben und die ursprünglich geforderte Erhöhung der Zölle für Blei und Zink abgelehnt wurde. Bei Kupfer wirkten außerdem die Streiks in den USA und Chile preisstigernd. Eine lebhafte Hausse herrscht gegenwärtig auf dem internationalen Stahlmarkt; sie erlaubte es der Brüsseler Preiskonvention, die Exportpreise neuerlich zu erhöhen.

Der Preissturz auf den Genußmittelmärkten ließ den Moody-Index im August um über 5% sinken, während der Reuter-Index, in dem die NE-Metalle stärker durchschlagen, leicht gestiegen ist. Gegenüber dem Höchststand der Rohwarenpreise im April 1954 war der Moody-Index im August um 7,6% und der Reuter-Index um 1,7% niedriger.

Im *Inland* zogen im August die Holzpreise auf allen Verarbeitungsstufen an. Die Hausse hatte bei Rundholz unmittelbar nach der Kursvereinheitlichung im Mai 1953 begonnen und ging anfangs auf die Exportkonjunktur zurück, wurde später aber auch durch den wachsenden heimischen Holzbedarf nicht zuletzt der Papierindustrie gefördert, die in zunehmendem Maße nicht nur Schleifholz, sondern auch hochwertige Rohholzsorten kauft. Vom ersten Jahres-drittel 1953 — dem Zeitraum vor der Kursvereinheitlichung — bis Juli 1954 wurde Sägerundholz (Media III a, Steiermark) um über 30% teurer. Da die Notierungen für Schnittholz (Klasse I–II, Breitware) an der Wiener Warenbörse im gleichen Zeitraum nur um 12% stiegen, geriet die Sägeindustrie in eine „Preisschere“, die sie veranlaßte, ihre Preise im Laufe des August um durchschnittlich 6 bis 7% nachzu-

ziehen. Diese Verteuerungen und die Erhöhung der Löhne um 9,5% wurden von der Holzverarbeitenden Industrie im August zumindest teilweise auf die Preise überwältigt. Sperrholz und andere Halbfertigwaren, in weiterer Folge auch Möbel, wurden bis zu 10% teurer.

Die Vieh- und Fleischmärkte blieben auch im August angespannt. Die Importe von Schlachtvieh reichten nicht aus, den Rückgang des heimischen Angebotes wettzumachen. Überdies waren Preise und Qualität der eingeführten Waren so beschaffen, daß sie kaum einen nennenswerten Druck auf die heimischen Preise ausüben konnten. Die Verbraucherpreise für Fleisch haben daher im August bei einigen Sorten weiter angezogen und erreichten im allgemeinen den Stand vor zwei Jahren. Rindfleisch und Kalbfleisch waren erheblich teurer als im August 1953, die Preise für Schweinefleisch dagegen, die bereits im Vorjahr kräftig gestiegen waren, nur etwa gleich hoch.

Entwicklung der Fleischpreise

	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schweinefleisch	
	a	b	a	b	a	b
	August 1952=100					
1953 VII.	77'8	83'7	70'6	86'3	81'1	83'6
VIII.	77'8	88'4	70'6	90'2	100'0	96'4
1954 VIII.	105'6	102'3	100'0	100'0	102'7	98'2

a) = Großhandelspreise,
b) = Kleinhandelspreise.

Der Rindermarkt dürfte sich in Kürze saisongemäß entspannen. Ende August haben die Preise bereits etwas nachgegeben – während Schweine vermutlich erst ab Frühjahr 1955 wieder in größeren Mengen angeboten werden.

Viele Gemüse- und Obstsorten, wie Gurken, Kohl, Kraut, Paprika, Äpfel, Birnen und Weintrauben waren auch im August teurer als im Vorjahr. Außer der schlechten und verspäteten Ernte spielte eine Rolle, daß nur wenig Importe (z. B. an Äpfeln und Paprika) zugelassen wurden. Nur einige Sorten (z. B. Tomaten) waren billiger als im Vorjahr. Der Preissturz für Kaffee und Kakao wirkte sich auf die inländischen Verbraucherpreise noch nicht aus, da noch alte Vorräte verkauft werden. Auf der Wiener Warenbörse notierte Kaffee Anfang September um 5% niedriger.

Der Index der *Großhandelspreise* des Statistischen Zentralamtes ging von Mitte Juli bis Mitte August um 2,3% zurück; er war mit 825 (März 1938 = 100) um 4,3% höher als im August 1953. Der Rückgang im August war hauptsächlich saisonbedingten Verbilligungen von Kartoffeln zu verdanken. Außerdem wurde Gerste (-4%), Wolle (-8,3%), Jute (-10,1%) und Kautschuk (-4,3%) billiger, Bau- und Nutzholz (+2,9%) dagegen teurer.

Die Indizes der *Kleinhandelspreise* und der *Lebenshaltungskosten* sanken im August um 0,3%; sie waren um 3,5% und 3,6% höher als ein Jahr vorher. Im Lebenshaltungskostenindex sank im August der Aufwand für Nahrungsmittel, da die saisonbedingten Verbilligungen von Kartoffeln (-26,7%) und Äpfeln (-12,7%) sowie kleinere Preisrückgänge für Speiseöl und Wurst die Verteuerungen von Rindfleisch (+4,8%) und Speckfilz (+10%) überkompensierten. Dagegen stieg der Aufwand für Haushaltgegenstände infolge der Preissteigerungen für Holzwaren (+7%) um 1,8%.

Die *Lohn- und Gehaltsbewegung* setzte sich im August fort. Im allgemeinen zeichnet sich die Tendenz ab, die bisher von den führenden Gewerkschaften für wichtige Arbeitnehmergruppen und Gebiete erreichten Lohnerhöhungen auch auf die übrigen Gruppen und Gebiete auszudehnen.

Die Arbeiterlöhne in der Holzverarbeitenden Industrie des ganzen Bundesgebietes (ausgenommen Tirol), im Tischlergewerbe (ausgenommen Burgenland, Tirol und Vorarlberg) und im Tapezierergewerbe wurden Mitte August um 9,5% erhöht. Auch die Wagner, Bürstenmacher, Drechsler, Korbflechter, Musikinstrumentenmacher und Spielwarenerzeuger in Wien und in einigen anderen Bundesländern erhielten Lohnerhöhungen um 5%. Für die erste Monatshälfte wurde eine Überbrückungszulage von 40 S netto vereinbart. Die Lohnregelung in der Holzverarbeitung gilt für rund 50.000 Arbeitnehmer.

In der Baustoffindustrie wurden die Löhne bisher zurückgebliebener Gruppen nachgezogen: in der Zementindustrie um 7 bis 10% und in der Kalk-, Sand-, Schotter- und Betonindustrie um 7 bis 9%. Außerdem stiegen in Wien und in verschiedenen Bundesländern die Löhne in der Steinzeug- und Chamotteindustrie um 4 bis 9%, in der feinkeramischen Industrie um 2 bis 5% und im Steinmetzgewerbe um 6 bis 8%. Die Wiener Dachdecker erhalten künftig um 9% mehr (davon 2% als Zulage). Von diesen Lohnerhöhungen profitieren rund 15.000 Arbeitnehmer.

Die Lohnregelung für die Gutshofarbeiter in Wien, Niederösterreich, dem Burgenland und in Salzburg, die bereits im Juli um 6 bis 7% höhere Bezüge erhielten, wurde im August auch auf die Bundesländer Steiermark, Kärnten und Oberösterreich und auf die bäuerlichen Betriebe dieser Gebiete ausgedehnt. Die Löhne der Forstarbeiter wurden rückwirkend ab 1. Juli um durchschnittlich 6% erhöht.

Die Entnivellierung der Angestelltengehälter wurde fortgesetzt. Ähnlich wie die Industrieangestellten ab 1. April erhalten die Angestellten des Ge-

werbes ab 1. August Gehaltserhöhungen von 4,4% bis 14,2% je nach Dienstalter und Qualifikation. Ferner wurden die Gehälter der Bankangestellten ab 1. Juli um 10% erhöht und für die Forstangestellten ein 13. Monatsgehalt vereinbart.

Auf den Index der *Arbeiternettotariflöhne* in Wien wirkten sich im August die Lohnerhöhungen in der Holzverarbeitenden Industrie und der höhere Abzug für die Wohnbauförderung (1/2% des Lohnes) aus. Er stieg um 0,3% (ohne Kinderbeihilfe) bzw. um 0,2% (mit 2 Kinderbeihilfen). Für Facharbeiter beträgt die Steigerung 0,7% (0,6%) und für Hilfsarbeiter 0,1%. Die Nettolöhne für Arbeiterinnen gingen um knapp 0,1% zurück. Da keine der im Index für Arbeiterinnen enthaltenen Tariflöhne erhöht wurden, wirkte sich der Mehraufwand für Wohnbauförderung voll aus. Gegenüber dem Vorjahr lag der Tariflohnindex im August um 7,2% (ohne Kinderbeihilfe) bzw. um 5,9% (mit 2 Kinderbeihilfen) höher.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.10

Trotz ungünstigen Witterungsverhältnissen wird die Landwirtschaft im Jahre 1954 eine *Ernte* einbringen, deren Gesamtmenge voraussichtlich nur wenig hinter der des bisher besten Nachkriegsjahres 1953 zurückbleibt. Die Rauhfutter- und Rübenernten dürften ebenso gut wie im Vorjahr ausfallen. Auch die Erträge an Kartoffeln und an Wein werden über dem Durchschnitt liegen. In Getreide und Obst sind Durchschnittsergebnisse zu erwarten. Nur bei Ölfrüchten und Gemüse beeinträchtigte die kalte Witterung die Erträge stärker. Die Qualität der geernteten Produkte ist allerdings nicht so gut wie im Vorjahr. Auch konnte auf den überfluteten Flächen nur ein Teil der Früchte geborgen werden; verschlammtes Heu wird man aber noch für Streuzwecke und minderwertiges Brotgetreide für Futterzwecke verwenden können.

Da für den Winter ausreichende Mengen an Rauhfutter und Rüben zur Verfügung stehen, sind die Voraussetzungen für eine intensive Milchproduktion und Rindermast weiterhin günstig. Es sind aber auch genügend *Futtermittel für Schweine* (Futterkartoffeln, Getreide) vorhanden, um den größeren Futterbedarf zu decken, den die Zunahme der Ferkelproduktion mit sich bringt. Immerhin dürfte es sich empfehlen, die Futtermittelvorräte aus der Ernte 1954 sparsam zu verwenden, um so mehr, als die Zulassung von Sauen bei anhaltend günstigen Preisen für Schlachtschweine — mit festen Schweinepreisen ist bis Frühjahr 1955 zu rechnen. — voraussichtlich noch weiter

forziert werden wird. Eine übersteigerte Schweineproduktion würde der Futterversorgung jedoch vorseilen und verschiedene Schwierigkeiten zur Folge haben. Durch Einsäuerung von Futterkartoffeln und eine verstärkte Einfuhr von Futtergetreide — im Wirtschaftsjahr 1953/54 war der Verbrauch an ausländischem Futtergetreide (250.000 t) erheblich niedriger als in den beiden Jahren vorher (370.000 t, 407.000 t) — könnte man einer Verknappung und Preissteigerung bei Futtermitteln begegnen. Dies läge auch im Interesse einer möglichst vollständigen Erfassung des Roggens für Ernährungszwecke. Für eine bewegliche Importpolitik bei Futtergetreide spricht auch, daß der Roggenpreis heuer bis nahe auf die Ebene der Inlandspreise für Futtergetreide gesenkt wurde und Roggen aus dem Ausland zumeist qualitativ minderwertig ist.

Da das *Getreide* 14 Tage später reifte, brachte die Landwirtschaft im Juli bloß 14.589 t Brotgetreide (5.917 t Weizen und 8.672 t Roggen) auf den Markt, gegen 44.743 t (25.431 t und 19.312 t) im Juli 1953. In den Mühlen lagerten Ende Juli rund 66.000 t Brotgetreide, davon zwei Drittel Weizen und ein Drittel Roggen. Überdies waren noch 28.644 t Importweizen in Sperrlagern vorrätig. In Silos wurde Inlandsgetreide erst im Monat August eingebracht. Auch die Vorräte an Futtergetreide (18.000 t), Kleie, Futtermehl (5.500 t) und Ölkuchen (5.000 t) waren relativ niedrig, da sich die Importe zum Teil verzögerten und in den Mühlen wegen der verspäteten Ernte und infolge ausreichender Mehlvorräte weniger Getreide vermahlen wurde.

Die abnormalen Witterungsverhältnisse beeinflussten über den Futterwuchs auch die *Milchproduktion*. Während in den letzten Jahren die meiste Milch stets im Mai anfiel, brachte heuer der Monat Juni die höchste Marktleistung (106.036 t); sie war um 4% größer als im Vormonat und um 9% höher als im Juni 1953. Im Juli brachte die Landwirtschaft um 5% weniger Milch auf den Markt als im Juni, doch war die Leistung noch um 11% größer als vor einem Jahr. An Butter erzeugten die Molkereien im Juni und Juli um 11% und 20%, an Käse um 13% und 6% mehr als im Juni und Juli 1953. Im 1. Halbjahr war die Marktleistung an Milch um 66.823 t oder 13%, die Produktion an Butter um 1.790 t oder 20% und die an Käse um 479 t oder 7% größer als im 1. Halbjahr 1953. Im Burgenland (+ 31%) sowie in Kärnten (+ 25%), Steiermark (+ 20%) und Oberösterreich (+ 15%) lag das Plus an abgelieferter Milch über dem Durchschnitt; nur die Landwirte Wiens (− 1%) und Vorarlbergs (− 5%) lieferten heuer weniger Milch ab. Die Exporte an

Butter (1.301 t) und Käse (1.371 t) übertrafen jene vom 1. Halbjahr 1953 (34 t, 439 t) erheblich.

Im August ging das *Schlachtvieh*angebot am Wiener Markt weiter zurück. Im Wochendurchschnitt wurden aus dem In- und Ausland 8% Schweine, 4% Rinder und 5% Kälber weniger angeliefert als im Juli. Auch gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres sank das Marktangebot bei Schweinen um 10%, Rindern um 6% und Kälbern um 16%. Die heimische Landwirtschaft lieferte 16% weniger Schweine, 6% weniger Rinder und 5% weniger Kälber als im Juli; gegenüber August 1953 verringerte sich das Inlandsangebot bei Schweinen um 28%, bei Rindern und Kälbern um 16%. Obwohl sich die Nachfrage nach Fleisch infolge der Urlaubssaison und wegen des gesteigerten Fremdenverkehrs in ländliche Gemeinden verlagerte, zogen die Preise für Schlachtvieh in Wien an. Leichte Fleischschweine wurden zu den Höchstpreisen nach dem Schlachtgewicht verkauft.

Der *Holzeinschlag* im 1. Halbjahr war nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft mit 3,6 Mill. *fm* ungefähr ebenso hoch wie in der gleichen Zeitspanne der Vorjahre. Der Anfall an Nutzholz war um 1% und 4% größer, der an Brennholz um 7% und 10% kleiner als in den Vergleichsjahren. Die für den Markt geschlägerten Holz mengen nahmen auf Kosten des Eigenverbrauches geringfügig zu. In Kärnten (+ 11%) und im Burgenland (+ 7%) nutzte man mehr, in Salzburg (- 14%), Tirol (- 20%) und Vorarlberg (- 10%) weniger Holz als im Vorjahr. Bei der Fällung und Lieferung waren heuer 32.999 Arbeitskräfte, darunter 14.948 ständige Arbeiter beschäftigt, gegen 34.454 (14.030) im Jahre 1953.

An Rundholz wurden nach Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates im 1. Halbjahr 3,61 Mill. *fm* verschnitten, gegen 2,99 und 3,19 Mill. *fm* im 1. Halbjahr 1953 und 1952. Die Rundholzlager der Sägen (Werks- und Waldlager) waren Ende Juni mit 1,36 Mill. *fm* um 0,24 Mill. *fm* höher als ein Jahr vorher, aber etwas kleiner als vor zwei Jahren. Da der Export von Schnittholz im 1. Halbjahr die Rekordhöhe von 1,68 Mill. *m*³ ¹⁾ (1,33 Mill. *m*³ im 1. Halbjahr 1953) erreichte und auch der Verbrauch von Schnittholz im Inland infolge der verstärkten Bautätigkeit zunahm, gingen die Schnittholzlager Ende Juni bis auf 0,63 Mill. *m*³ zurück. (Ende Juni 1953 und 1952 betragen sie noch 0,73 und 1,00 Mill. *m*³.) Die Nachfrage nach Rohholz war daher in den letzten Monaten sehr lebhaft, wobei besonders die Preise für schwache Sorti-

mente (Stangen, Schleifholz, Grubenholz) anzogen. Hohe Preise für schwaches Rohholz legen nahe, in Zukunft stärker zu durchforsten. Ein größerer Anfall dieser Holzsorten könnte den Markt wieder entspannen.

Rundholzverschnitt, Lager an Rundholz und Schnittholz¹⁾

Jahr, Quartal	Rundholzverschnitt ²⁾		Rundholzlager ³⁾		Schnittholzlager ⁴⁾	
	Nadelholz	Laubholz	Nadelholz	Laubholz	Nadelholz	Laubholz
	1.000 <i>fm</i>					
1952 I. Quartal	1.406'9	43'4	1.531'7	31'2	815'3	37'0
II. „	1.668'4	68'9	1.375'9	25'8	953'6	50'8
1953 I. „	1.380'2	46'9	1.319'7	33'7	812'9	37'8
II. „	1.501'3	59'8	1.093'3	23'4	698'8	35'2
1954 I. „	1.591'9	52'6	1.576'6	28'3	662'8	27'5
II. „	1.884'8	79'5	1.338'2	17'8	600'9	29'1

¹⁾ Nach Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates. — ²⁾ Handels- und Lohnschnitt (einschließlich Schwellen). — ³⁾ Werkslager und Außenlager (Waldlager) der Sägewerke am Quartalsende. — ⁴⁾ Vorräte bei Sägen und Holzhandel am Quartalsende.

11% des geschlagenen Holzes wurden dem Staatswald, 7% dem Körperschaftswald, 35% dem Privatwald über 50 *ha* und 47% dem Privatwald unter 50 *ha* (Bauernwald) entnommen. Da nur 34% der Waldfläche auf *Bauernwald* unter 50 *ha* entfallen, war der Einschlag in diesem übermäßig hoch. Daß viele Bergbauern seit Jahren in die Waldsubstanz eingreifen, hängt mit den hohen Kosten für Investitionen und mit Auszahlungen an weichende Kinder zusammen, die nicht aus den laufenden Einnahmen der Landwirtschaft bestritten werden können.

Verschiedene Stellen glauben, daß eine Exportabgabe auf Holz die übermäßigen Holz ausfuhren und Schlägerungen verringern und die Versorgung der Papierindustrie mit billigerem Schleifholz sicherstellen könnte. Daß Exportzölle die starken Holz entnahmen aus dem Bauernwald verhindern würden, ist jedoch wenig wahrscheinlich. Bei niedrigeren Holzpreisen müßte man im Gegenteil noch stärker in den Wald eingreifen, um gleich hohe Kapitalien flüssig zu machen. Auch eine Kürzung der für die Landwirtschaft ausgeworfenen Förderungsmittel zugunsten der Forstwirtschaft, die von forstlicher Seite vielfach verlangt wird, dürfte den Holzeinschlag kaum verringern helfen, da Land- und Forstwirtschaft in bäuerlichen Betrieben eine Einheit bilden. Eher scheint es notwendig, den Bauern weiterhin genügend mittelfristige, billige Kredite für Maschinenanschaffungen und Umbauten zur Verfügung zu stellen, damit die Erlöse aus der Landwirtschaft für unmittelbar ertragsteigernde Betriebsmittel (Handelsdünger, Futtermittel, Saatgut, Nutzvieh) eingesetzt und mengensteigernde und kostensparende Produktionsreserven erschlossen werden können. Die der Landwirtschaft in den letzten Monaten gewährten Kreditmittel förderten jedenfalls erheblich den Ab-

¹⁾ Nadel- und Laubschnittholz, behauenes Bauholz, Kisten und Obststeigen.

satz von Landmaschinen, der seit Sommer 1953 stark zurückgegangen war: von April bis Juli wurden 3.184 neue Traktoren behördlich zugelassen, gegen nur 2.702 im gleichen Zeitraum 1953.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Stromerzeugung in den öffentlichen Wasserkraftwerken stieg im Juli um 4% und erreichte mit 786 Mill. kWh einen neuen Rekordstand. Der Inlandsverbrauch aus dem öffentlichen Netz blieb jedoch — wenn man die größere Zahl von Arbeitstagen berücksichtigt — auf dem Niveau der Vormonate. Es konnte daher mehr Strom exportiert — mit 283 Mill. kWh (davon 268 Mill. kWh nach Deutschland) wurde ebenfalls ein neuer Rekord erzielt — und die kalorische Stromerzeugung auf 29 Mill. kWh eingeschränkt werden. Der kalorische Strom wurde überwiegend durch die Verfeuerung von Erdgas im Dampfkraftwerk Simmering gewonnen. Die niedrige Dampfstromerzeugung ermöglichte im Juli die Auffüllung der gelichteten Kohlenlager von 123.641 t auf 169.121 t (SKB).

Im Vergleich zur starken Ausweitung der Industrieproduktion ist der heimische Stromverbrauch in den letzten Monaten relativ wenig gestiegen, weil sich die Zweige mit geringem Stromverbrauch im allgemeinen stärker belebten als die stromintensiven Zweige, die ihre Kapazitäten schon seit längerem annähernd voll auslasten. Immerhin wurde im Juli um 13,9% mehr Strom aus dem öffentlichen Netz bezogen als vor einem Jahr. Wenn der Stromverbrauch im gleichen Tempo weiter wächst, wird es im Winter nur bei günstigem Wetter möglich sein, die Stromversorgung voll aufrechtzuerhalten.

Die heimische Kohlenförderung war im Juli infolge der größeren Zahl von Arbeitstagen (27 gegen 24) um 12,2% höher als im Juni. Die arbeitstägige Förderung war dagegen saisongemäß etwas niedriger, aber noch immer um 11,7% höher als im Juli 1953. Ab August ist wieder mit einer Zunahme der Förderung zu rechnen. Der Inlandsabsatz des heimischen Bergbaues war auch in den Sommermonaten befriedigend. Im Frühherbst wird die Nachfrage stärker zunehmen, weil die Haushalte und die Dampfkraftwerke Vorräte für den Winter anlegen werden. Auch die Industrie dürfte weiterhin größere Mengen Kohle beziehen, da die wichtigsten Zweige, die Inlandkohle verwenden, wie z. B. die Papierindustrie, anhaltend gut beschäftigt sind.

Die Kohleneinfuhr ist im Juli stark gestiegen und hat zum ersten Mal seit Februar d. J. wieder 350.000 t überschritten. Mehr Kohle als in den Vor-

monaten bezogen die Gaswerke, die Kokerei in Linz und die Hausbrandbezieher. Die Mehreinfuhr betraf nur Steinkohle (aus Polen und den USA), während an Braunkohle und Koks ungefähr gleich viel bezogen wurde.

Der Absatz von *Treibstoffen* (Benzin und Dieselöl) ist in den Sommermonaten, dank der sprunghaft zunehmenden Motorisierung im Inlande und der guten Reisesaison stark gestiegen. Die Qualität des inländischen Motorenbenzins wurde in der letzten Zeit bei unverändertem Preis verbessert; es ist nunmehr Importbenzin der gleichen Preislage mindestens ebenbürtig.

Heizöl wird seit Aufhebung der Bewirtschaftung im vergangenen Herbst vor allem von der Industrie ständig mehr nachgefragt. Da das Inlandsangebot begrenzt ist und Importe zu teuer sind, dürfte es schon im Spätherbst zu Versorgungsschwierigkeiten kommen, vor allem, wenn die auf Ölfeuerung umgestellten Dampfkraftwerke eingesetzt werden.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die Expansion der Industrieproduktion hielt auch im Juni an. In vielen Zweigen, wie in den Metallhütten, in der Fahrzeug-, Baustoff-, Papier- und Nahrungsmittelindustrie erreichte die Produktion den bisher höchsten Stand von 1954. In anderen Zweigen, wie im Bergbau, in der Textilindustrie und in der Leder- und Schuhindustrie ging die Produktion zwar zurück, aber weniger, als saisongemäß zu erwarten war. Der saisonbereinigte Index der Gesamtproduktion stieg um 2,2% auf 197,1 (1937 = 100), den bisher höchsten Stand. Er war um 18,5% höher als im Juni 1953. Nach den vorliegenden Daten für Juli und den Ergebnissen des Konjunkturtestes dürften auch die Urlaube im Hochsommer die Produktion weniger beeinträchtigt haben als in den letzten Jahren.

Dank der lebhaften Nachfrage nach heimischer *Kohle* (siehe Abschnitt Energiewirtschaft) ging die Förderung der Kohlengruben in den Sommermonaten nur wenig zurück. Der Index der gesamten *Bergbau*-produktion war im Juli um 9,4% und im Durchschnitt der ersten 7 Monate 1954 um 10,4% höher als zur gleichen Zeit des Jahres 1953.

Die *eisenschaffende* Industrie erzeugte im 1. Halbjahr 1954 um 23,5% mehr als im Vorjahre. Ein Großteil der Mehrproduktion wurde exportiert. Die Ausfuhr von Kommerzware war im 1. Halbjahr mit fast 156.000 t mehr als doppelt so hoch wie im 1. Halbjahr 1953. In jüngster Zeit stößt sie allerdings auf wachsende Schwierigkeiten, wiewohl die Preise auf dem internationalen Eisen- und Stahlmarkt seit Früh-

jahr kräftig angezogen haben und die Lieferfristen erstreckt wurden. Trotz höherem Export konnte auch der Inlandsmarkt besser mit Walzware versorgt werden. Im 1. Halbjahr 1954 wurden 197.500 t Walzware bestellt und 198.000 t an inländische Kunden geliefert, um 30.000 t mehr als im 1. Halbjahr 1953. Da gleichzeitig alte Aufträge storniert wurden, sank der Auftragsbestand seit Anfang 1954 um fast 20.000 t auf 116.000 t, den bisher niedrigsten Stand.

Der im Vorjahr ungewöhnlich hohe Export von Roheisen (hauptsächlich nach England) konnte heuer wegen der scharfen Konkurrenz der Sowjetunion nicht aufrecht erhalten werden. Er betrug im 1. Halbjahr 1954 nur 148.000 t gegen 276.000 t im 1. Halbjahr 1953. Der Rückschlag beschränkte sich allerdings auf Stahlroheisen, während Spezialroheisen (Hämatit-, Gießerei- und Holzkohlenroheisen) in größeren Mengen exportiert werden konnte. Trotz geringerem Export stehen auch heuer 6 Hochöfen in vollem Betrieb und erzeugen etwas mehr Roheisen als im Vorjahre. Die im Export nicht mehr absetzbaren Mengen werden von den Stahlwerken aufgenommen, die im 1. Halbjahr 1954 787.000 t Rohstahl erzeugten, um 205.000 t mehr als im Vorjahre. Diese Produktionssteigerung ist hauptsächlich den neuen Blasstahlwerken in Linz und Donawitz zu verdanken.

Der Index der *Metallhütten* stieg im Juni nur um 0,4%, weil die meisten Betriebe schon bisher voll ausgenutzt wurden. Im 1. Halbjahr 1954 wurden um 33,9% mehr Aluminium und um 3,5% mehr Elektrolytkupfer, aber um 12,1% weniger Blei erzeugt als im Vorjahre. Die Halbzweigwerke der Metallindustrie sind gut beschäftigt.

Die stärkste Produktionssteigerung verzeichnete in den letzten Monaten die *Fahrzeugindustrie*. Im I. Quartal 1954 produzierte sie noch um 4,4% weniger, im II. Quartal aber bereits um 29,3% mehr als im Vorjahre. Zu Jahresbeginn war nur die Motorradindustrie gut beschäftigt. Seit Frühjahr steigt das Assembling von Personenwagen und die Erzeugung von Lastkraftwagen und in jüngster Zeit hat sich auch die seit Frühjahr stagnierende Nachfrage nach Traktoren wieder kräftig belebt.

Auch die *Maschinenindustrie* konnte ihre Erzeugung erst im Laufe des Frühjahres stärker ausweiten. Dank hohen Auftragseingängen blieb der saisonbedingte Produktionsrückgang in den Sommermonaten aus und die meisten Sparten hoffen, ihre Produktion im 2. Halbjahr kräftig steigern zu können. Die Entwicklung dürfte heuer auf höherem Niveau ähnlich verlaufen wie im Vorjahre, als die Erzeugung gegen Jahresende sprunghaft zunahm.

Die *Elektroindustrie* schränkte ihre Erzeugung gegen Jahresmitte saisonbedingt ein, produzierte aber auch im Juni noch um 17% mehr als im Juni 1953. Im 1. Halbjahr 1954 war die Produktion um 19% höher als im Vorjahre und erreichte wieder den Höchststand vom Jahre 1951. Der Aufschwung erstreckte sich auf fast alle Zweige der Stark- und Schwachstromindustrie. Nur Akkumulatoren und Glühlampen wurden in geringerem Umfang erzeugt als in früheren Jahren, da der heimische Bedarf gesättigt ist und die Exportaufträge nicht ausreichen, den Rückgang des Inlandsabsatzes wettzumachen. Die Nachfrage nach elektrischen Haushaltgeräten nimmt weiter zu. Im 1. Halbjahr 1954 wurden um 139,6% mehr Elektroherde und um 92,1% mehr Elektrospeicher erzeugt als im Vorjahre; die Erzeugung von Kühlschränken hat sich annähernd verdoppelt.

Die Produktion von *Baustoffen* war im I. Quartal noch um 5,4% niedriger, im II. Quartal aber bereits um 26,4% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Juni erreichte sie mit 339,1 (1937=100) in fast allen Sparten den bisher höchsten Stand.

Die *chemische Industrie* konnte im Juni ihre schon bisher hohe Produktion noch geringfügig steigern. Im 1. Halbjahr erzeugte sie um 24,4% mehr als im Vorjahre und um 4,8% mehr als im Konjunkturjahr 1951. Am stärksten wurde die Erzeugung von Schwerchemikalien ausgeweitet. Allein an Düngemitteln konnte im 1. Halbjahr um 23,8% mehr produziert werden als im Vorjahre. Rund zwei Drittel werden im Ausland abgesetzt. Die Zündholzindustrie ist für den Inlandsmarkt überdimensioniert und erlitt daher einen stärkeren Rückschlag, als der Export im Vorjahre zurückging. Seither konnte sie ihre Produktion wieder auf das Dreifache steigern, nutzt aber trotzdem ihre Kapazität kaum zur Hälfte aus. Die Kautschukwarenindustrie profitiert von der sprunghaften Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes. Sie muß mit voller Kapazität arbeiten, um den steigenden Bedarf decken zu können. Für einzelne Reifen- und Profilsorten bestehen bereits längere Lieferfristen. Ausländische Erzeugnisse werden nur in geringen Mengen eingeführt, da sie vielfach zu teuer und mit ungewöhnlich hohen Zöllen belastet sind. Auch die Konsumgüter erzeugenden Zweige der chemischen Industrie haben sich seit dem Vorjahre belebt. Die Erzeugung von Seife und Waschmitteln war von Jänner bis Juni um 19,2% größer als im Vorjahre.

Die *Papierindustrie* kann dank anhaltend hohen Exporten ihre in den letzten Jahren stark vergrößerten Anlagen voll ausnutzen. In den ersten sieben

Monaten 1954 erzeugte sie um 29⁴/₁₀ mehr als ein Jahr vorher. Im einzelnen betrug die Mehrproduktion bei Holzschliff 24³/₁₀, Zellulose 32²/₁₀, Pappe 19⁸/₁₀, Rotationspapier 29²/₁₀, graphischen Papieren 18³/₁₀, Packpapier 56²/₁₀ und Spezialpapieren 24⁴/₁₀. Die zusätzliche Produktion wurde großteils exportiert.

Die *Leder- und Schuhindustrie* hat von der Konjunkturbelebung nur wenig profitiert. Gegenüber dem Vorjahre beträgt die Produktionssteigerung im 1. Halbjahr nur 3³/₁₀. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß sie im Vorjahre, im Gegensatz zu den meisten anderen Zweigen, von der allgemeinen Konjunkturschwäche kaum betroffen wurde. Sie ist die einzige Industrie, deren Produktion den Vorkriegsstand erst knapp erreicht.

In der *Schuhindustrie* begann im Juni die *Urlaubssaison*; der Produktionsrückgang war jedoch schwächer als im Vorjahre. Von Jänner bis Juni wurden 2,900.000 Paar Lederschuhe erzeugt, um 4³/₁₀ mehr als im Vorjahre. In der gleichen Zeit ging die *Bodenleder*erzeugung um 7²/₁₀ zurück, während die *Oberleder*erzeugung um 4¹/₁₀ zunahm.

In der *Textilindustrie* haben sich bisher nur die *Baumwoll-* und die *Zellwollindustrie* belebt. Diese Branchen konnten nicht nur ihren Export ausweiten, sondern auch den *Inlandsabsatz* steigern. Die modische Vielfalt der angebotenen Erzeugnisse und die vielen in der letzten Zeit auf den Markt gebrachten neuen Sorten und Qualitäten von *Baumwollgeweben* regten die *Kauflust* an. Dagegen stagniert die *Wollindustrie* auf dem Vorjahresstand. *Kunstseidengewebe* und *Jutegewebe* wurden sogar erheblich weniger (um 14²/₁₀ und 22⁷/₁₀) erzeugt als im Vorjahre. Die Preise für *Textilien* sind seit der Vereinheitlichung der Wechselkurse im Mai 1953 trotz namhaften *Kostensteigerungen* im allgemeinen stabil geblieben. Das deutet darauf hin, daß die Konkurrenz schärfer geworden ist und der *Preisdruck* weiter anhält.

Die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* produzierte im 1. Halbjahr um 5³/₁₀ mehr als im Vorjahre. Die einzelnen Zweige schnitten allerdings sehr verschieden ab. Die *Fettindustrie* z. B. erzeugte weniger *Margarine* und dafür mehr *Speiseöl*. Die Erzeugung von *Bier* war heuer wegen des schlechteren Wetters etwas niedriger, die von *Süßwaren* (*Schokolade* und *Zuckerwaren*) dagegen höher als im 1. Halbjahr 1953.

Der *Absatz von Tabakwaren* leidet nach wie vor unter der *Preiserhöhung* zu Jahresanfang. Von Jänner bis Juli wurden um 10⁴/₁₀ weniger *Tabakwaren* erzeugt als ein Jahr vorher.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der *Geschäftsgang* des Einzelhandels erfüllte im Juli annähernd die *Saison*erwartungen. Die *Umsätze* nahmen ebenso wie im Vorjahre um 6% zu (im Jahre 1952 um 8%) und waren je *Verkaufstag*¹⁾ um 6% geringer als im Juni (1952 um 8%, 1953 um 2%). Die *Umsätze* vom Juli 1953 wurden wertmäßig um 17%, mengenmäßig um etwa 10% übertroffen. Der *Umsatzzuwachs* gegenüber dem Vorjahre war damit gleich hoch wie im Durchschnitt der Monate April bis Juni.

Die einzelnen *Betriebsformen* und *Branchen* schnitten allerdings sehr unterschiedlich ab. Die *Warenhäuser* und die *Textil- und Bekleidungsfachgeschäfte* litten im Juli unter dem ungünstigen Wetter und dem späteren Beginn der *Saisonräumungsverkäufe* in Wien (2. August gegen 20. Juli im Vorjahre). Waren in früheren Jahren die *Umsätze* der *Warenhäuser* im Juli um 5% bis 7% gestiegen, so nahmen sie heuer um 9% ab und lagen nur um 7% über dem *Vorjahresstand* (im II. Quartal um 23%).

Der *Fachhandel mit Textilien* verkaufte im Juli um 23% weniger als im Juni, während die *Umsätze* im Juli 1952 nur um 6% und im Juli 1953 um 20% abgenommen hatten. Besonders schlecht gingen *Meterware* und *Oberbekleidung*. Die *Umsätze* der *Schuhfachgeschäfte*, die im Juli 1953 um 5% gestiegen waren (1952: -13%), gingen heuer um 24% zurück. Einschließlich der *Umsätze* der *Warenhäuser* wurden im Juli wertmäßig nur um 2% mehr *Textilien* (im II. Quartal um 10%) und um 1% weniger *Schuhe* (im II. Quartal +9%) verkauft als vor einem Jahr. Im allgemeinen war das Geschäft in den *Bundesländern* lebhafter als in Wien. Da bis Ende Juli noch größere Bestände an *Sommerware* unverkauft blieben, wurde im Rahmen der *Saisonräumungsverkäufe* ein reiches *Waren*sortiment zu vielfach stark reduzierten *Preisen* angeboten. Das dürfte die *Umsätze* im August entgegen dem normalen *Saisonablauf* etwas belebt haben.

Dagegen hat das kühle Wetter die *Lebensmittelumsätze* begünstigt. Die *Konsumenten* verzichteten vielfach auf *Ausflüge* und zum Teil auch auf *Urlaubsreisen* und gaben dafür mehr für *Ernährung* aus. Die *Umsätze* stiegen um 14% (im Jahre 1952 um 12% und 1953 um 8%) und waren um 23% höher als vor einem Jahr; die *Mengenumsätze* dürften um etwa 15% bis 20% gestiegen sein. Im Gegensatz zum *Bekleidungshandel* war im *Lebensmittelhandel* der *Geschäftsgang* in den *Bundesländern* etwas schwächer als in Wien.

¹⁾ Der Juni hatte heuer 24, der Juli 27 Verkaufstage.

Die Käufe von *Tabakwaren* nahmen nur um 4% zu, während sie im Juli der Vorjahre um 8% bis 14% gestiegen waren. Sie lagen wertmäßig um 4% über, mengenmäßig jedoch um 9% unter dem Vorjahresstand.

Möbel und Wohnbedarf gingen auch im Juli überdurchschnittlich gut. Die Umsätze von *Möbeln, Teppichen und Gardinen* nahmen zwar nur um 11% zu (im Vorjahre um 16%), waren jedoch wertmäßig noch um 19% höher als vor einem Jahr. *Hausrat, Glas, Porzellan* wurden um 12% mehr gekauft als im Juni und um 14% mehr als im Juli 1953. Die lebhafteste Wohnbautätigkeit der Gemeinden und des Wohnhauswiederaufbaufonds sowie das zunehmende Angebot an Teilzahlungskrediten werden auch weiterhin den Kauf von Einrichtungsgegenständen fördern; der künftige Absatz von Möbeln könnte jedoch darunter leiden, daß die Preise im August unter Hinweis auf die anhaltend steigenden Holzpreise und die Lohnerhöhungen in der Holzverarbeitenden Industrie und im Tischlergewerbe fast durchwegs um 5% bis 10% erhöht wurden.

Die Umsätze in den unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Branchen waren im Juni relativ hoch und haben daher im Juli im allgemeinen weniger zugenommen (+14%) als in früheren Jahren (20% bis 21%). Insbesondere die Käufe von *Parfumerie-, Papier- und Spielwaren* stiegen weniger, als man saisongemäß erwartet hätte. Die Umsätze des *Lederwaren-* (+25%) und des *Buchhandels* (+23%) entwickelten sich dagegen saisongemäß. Die Umsätze vom Juli 1953 wurden durchwegs (im Durchschnitt um 13%) übertroffen.

Das Bruttoaufkommen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Rückvergütung) ist im Juli um 1% auf 461 Mill. S zurückgegangen und war um 13% höher als vor einem Jahr. Dagegen sind die Nettoerträge der Umsatzsteuer, ebenso wie die Einzelhandelsumsätze im Juni, um 2% gestiegen; sie waren um 9% höher als im Juli 1953.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Juli 194 Mill. S ein, um 12% mehr als im Vormonat und um 7% mehr als im Juli 1953. Der Zuwachs gegenüber Juni geht hauptsächlich auf saisonbedingt höhere Erträge der Bier- (+46%) und Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag +5%) zurück. Auch die Tabaksteuer (+8%), Weinsteuer (+7%), Salzsteuer (+23%) und Leuchtmittelsteuer (+5%) brachten mehr ein als im Juni. Nur die Einnahmen aus Zucker- und Zündmittelsteuer nahmen um 28% und 34% ab. Gegenüber dem Vorjahr sind hauptsächlich die Erträge der Tabak- (+6%), Wein- (+36%), Mineralöl- (+14%) und Leuchtmittelsteuer (+17%) gestiegen.

Da die geplanten Vieheinfuhren nur schleppend eintrafen und das inländische Angebot übersaisonnmäßig zurückging, mußte der *Fleischkonsum* in den Sommermonaten eingeschränkt werden. Insgesamt kamen im Juli und August (27. bis 34. Woche) 1.245 Rinder und 12.588 Schweine aus dem Ausland nach Wien, während ursprünglich allein für Juli die Einfuhr von 1.800 Rindern und 10.000 Schweinen vorgesehen war¹⁾. Das Gesamtangebot von Rindern in Wien sank daher von durchschnittlich 1.645 Stück je Woche im Juni auf 1.578 Stück im Juli und 1.508 Stück im August. Die Zufuhren von Schweinen (lebende Tiere und Weidnerware) fielen von 11.813 auf 10.007 und 9.231 Stück je Woche und die Fleischanlieferungen in die Großmarkthalle von 125 t auf 115 t und 99 t je Woche. Die Zufuhren von Kälbern (lebende und tote Ware) erhöhten sich zwar von durchschnittlich 2.726 Stück je Woche im Juni auf 2.911 Stück im Juli, gingen jedoch im August wieder auf 2.757 Stück zurück. Insgesamt sank daher das Fleischangebot im Juli um 11% und im August abermals um 7%; es war im Durchschnitt der beiden Monate um etwa 11% geringer als vor einem Jahr. Gleichzeitig hat jedoch die Nachfrage dank der höheren Beschäftigung und dank höheren Realeinkommen zugenommen, so daß die Fleischpreise seit Juni teilweise weiter anzogen. Mitte Juli waren sie je nach Sorte und Qualität um 15% bis 30% höher als vor einem Jahr. Im August verminderte sich zwar die Preisdifferenz in den meisten Fällen bis auf 10% (Schweinefleisch war zum Teil sogar gleich teuer wie im Vorjahre), aber nur deshalb, weil im August des Vorjahres insbesondere die Preise für Schweinefleisch stark angezogen hatten.

Auch die Versorgung Wiens mit *Gemüse und Obst* war heuer in den Sommermonaten schwächer als vor einem Jahr. Im Juli und August wurde um 11% weniger Gemüse und um 28% weniger Obst nach Wien geliefert als im Vorjahre. Aus dem Inland kamen in der 27. bis 34. Woche nur 13.563 t Gemüse und 5.153 t Obst nach Wien, gegen 15.888 t und 7.627 t in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Einfuhren reichten nicht aus, den Rückgang des heimischen Angebotes wettzumachen. Die Zufuhren von ausländischem Gemüse stiegen nur von 2.364 t auf 2.734 t, während die von Obst sogar von 5.326 t auf 4.885 t sanken. Die Preise der meisten Gemüse- und Obstarten waren daher höher als im Vorjahr.

¹⁾ In diesem Sommer war Fleisch auch in anderen europäischen Staaten knapp. Da die österreichischen Einfuhrpreise limitiert waren, andere Staaten jedoch vielfach höhere Preise boten, haben die Exportländer die Abschlüsse mit Österreich nur teilweise und zögernd erfüllt.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Bautätigkeit, Fremdenverkehr, die Vorbereitungen für die Herbstsaison und nicht zuletzt die starke Aufnahme von Lehrlingen haben den Arbeitsmarkt im August von neuem ungewöhnlich stark entlastet. Die Beschäftigung übertraf sogar den Durchschnitt und Höchststand des Konjunkturjahres 1951 (im Juli war er noch nicht ganz erreicht). Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden ist erstmals seit November 1951 unter 100.000 gesunken. Die Arbeitslosigkeit ging nicht wie meist zu dieser Zeit weniger, sondern stärker zurück als im Juli.

Die günstige Konjunkturentwicklung und der starke Jahrgang von Schulentlassenen haben den in den Sommermonaten üblichen Zustrom neuer jugendlicher und erwachsener Arbeitskräfte in die Wirtschaft verstärkt. Die Zunahme der Beschäftigung war daher im Juli um 11.800 und im August um 9.300 höher als die Abnahme der Arbeitslosigkeit¹⁾. Damit stieg auch das Arbeitskräftepotential auf einen neuen Höchststand von 2,150.400. Es ist seit Februar um mehr als 36.000 gestiegen (Beschäftigte + 243.000, Stellensuchende - 206.700) und übertrifft den niedrigsten Stand seit Ausbruch der Koreakrise im März 1953 um 71.000 Personen.

Der Arbeitsmarkt im Juli und August

Zeit	Be- schäftigte	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Vorge- merkte Stellen- suchende in 1.000 Personen	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Arbeits- kräfte- angebot	Veränderung gegenüber dem Vormonat
1951 VII.	2.034'5	+15'3	74'4	- 6'6	2.108'8	+ 8'8
VIII.	2.047'1	+12'6	70'6	- 3'7	2.117'7	+ 8'9
1953 VII.	1.966'8	+12'6	134'3	- 8'8	2.101'1	+ 3'7
VIII.	1.983'9	+17'1	129'2	- 5'1	2.113'1	+12'0
1954 VII.	2.031'2	+22'4	109'9	-10'7	2.141'1	+11'8
VIII. ¹⁾	2.051'9	+20'7	98'5	-11'4	2.150'4	+ 9'3

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Juli um 22.400 (1'1%) auf 2,031.200, im August um 20.700 (1'0%) auf 2,051.900. Ende August gab es um 68.000 Beschäftigte mehr als im August 1953 und um 4.800 mehr als im August 1951. Der bisherige Beschäftigtenhöchststand vom Oktober 1951 wurde leicht (um 800) überschritten.

Die Land- und Forstwirtschaft beschäftigt weiterhin weniger Arbeitskräfte als im Vorjahr; der Abstand vergrößert sich immer mehr. In den Monaten Juni und Juli wurden 700 und 2.400 zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt, gegen 2.400 und 3.300 im Vorjahr. Ende Juli waren 215.000 Arbeitnehmer krankenversichert, um 6.600 weniger als Ende Juli 1953. Nach bisher vorliegenden Meldungen ist die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten im

¹⁾ Alle Zahlen für August 1954 sind vorläufig.

August bereits um 1.600 zurückgegangen, während sie im August 1953 noch um 1.900 stieg.

Die gewerbliche Wirtschaft nahm im Juli 19.300 Arbeitskräfte zusätzlich auf, mehr als doppelt soviel wie im Juli 1953. Sie beschäftigte bereits Ende Juni um 3.900 Personen mehr als im Juni 1951 und erreichte Ende Juli mit 1,550.600 (um 11.800 Personen mehr als im Juli 1951) einen neuen Beschäftigungshöchststand. Die Beschäftigung wird im September und Oktober weiter steigen. Bund und Bundesbahnen haben ihren Personalstand im Juli geringfügig - um etwa 800 Personen - erhöht, während jener der Gemeinde Wien unverändert blieb.

Der Beschäftigtenindex der Arbeiterkammer für 1.678 Groß- und Mittelbetriebe ist seit März ständig - und durchwegs stärker als im Vorjahr - gestiegen. Im Juli erhöhte er sich um 2'2 Punkte (gegen nur 0'7 im Jahre 1953 und 1'2 Punkte im Jahre 1951) und war damit um 6'7 Punkte oder 3'7% höher als vor einem Jahr. Nur Bergbau, Lederindustrie und Bekleidungsindustrie waren schlechter beschäftigt als im Juni. Immerhin war der saisonbedingte Rückgang in der Bekleidungsindustrie weit geringer als in den beiden Vorjahren. Daher stieg auch die Zahl der stellensuchenden Bekleidungsarbeiter von Mai bis Juli nur um 833 (3.257 im Jahre 1953). Sie sank im August um 2.214 (1.215). Auch die Beschäftigung in der Textilindustrie, die im Gegensatz zum Jahre 1953 bis Mai rückläufig war, hat sich im Juni und Juli wieder leicht gebessert. Auffallend stark war die Zunahme in der Eisen- und Holzindustrie.

Die Hochwasserkatastrophe im Juli hat den Arbeitsmarkt kaum beeinflusst; nur die Kurzarbeit ist in den betroffenen Gebieten vorübergehend gestiegen. Auf Grund einer Sonderregelung wurde allen Betrieben, die infolge von Hochwasserschäden nicht voll arbeiten konnten, für die Zeit vom 5. Juli bis 14. August eine Kurzarbeiterentschädigung - zu erhöhten Sätzen - gewährt. Sie wurde von 459 Betrieben für 10.805 Arbeitskräfte in Anspruch genommen. Davon befanden sich 208 mit 5.628 Arbeitern in Oberösterreich, 194 mit 4.620 in Niederösterreich, der Rest in Wien, Salzburg und Tirol. In den meisten Fällen dauerte die Kurzarbeit nur 10 bis 14 Tage.

Die übrige Kurzarbeit (die „Hochwasserkurzarbeit“ scheint in der allgemeinen Kurzarbeiterstatistik nicht auf) sank im Laufe der Sommermonate auf den bisher niedrigsten Stand von 7 Betrieben mit 458 Kurzarbeitern. Sie beschränkt sich nunmehr auf einige Textilbetriebe und einen Betrieb der Metallindustrie. Die Betriebe der Bekleidungsindustrie, die in Kurzarbeit standen, sind im August auf Vollarbeit übergegangen.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* sank im Juli um 10.700 (8·8%) auf 109.900, im August um weitere 11.400 (10·4%) auf 98.500. Ende August gab es um 30.700 Arbeitslose weniger als im August 1953, aber noch um 27.900 mehr als 1951. Die Rate der Arbeitslosigkeit sank von 5·1% im Juli auf 4·6% (im Vorjahre von 6·4% auf 6·1%).

Die Arbeitslosigkeit ging im Juli in nahezu allen Berufsklassen zurück. Nur die Zahl der stellensuchenden hauswirtschaftlichen Arbeiter (Hausgehilfinnen usw.) und der Bekleidungsarbeiter hat sich erhöht. Mehr Stellensuchende als im Vorjahr gab es nur noch in drei Berufsklassen (hauswirtschaftliche Berufe, Gaststättenarbeiter und Reinigungsarbeiter).

Im August ging nach vorläufigen Meldungen die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter und der Metallarbeiter neuerlich kräftig zurück, wenn auch nicht mehr so stark wie im Juni. Stellensuchende Hilfsarbeiter wechselnder Art gab es erstmals weniger als im Vorjahr. Am stärksten war die Abnahme bei den Bekleidungsarbeitern; auch die der stellensuchenden Textilarbeiter war beachtlich. Hingegen fanden trotz des guten Fremdenverkehrs nur wenige arbeitslose Gaststättenarbeiter Beschäftigung. Mit Ausnahme der Holzarbeiter war die Abnahme der Arbeitslosigkeit in allen Berufsklassen bedeutend stärker als im August 1953. Obwohl im August mehr Frauen Beschäftigung fanden als in den Vormonaten — der Anteil der Frauen an der Abnahme der Arbeitslosigkeit betrug im Juli nur 25%, im August aber 39·4% —, waren so wie im Sommer der Jahre 1952 und 1951 mehr Frauen als Männer arbeitslos. Der Anteil der Frauen an der Gesamtarbeitslosigkeit betrug im August 57·7%, gegenüber 28·9% im Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit.

Je weiter der Arbeitsmarkt entlastet wird, desto mehr gewinnt die Frage der Einsatzfähigkeit der vorhandenen Stellensuchenden an Bedeutung. Von Februar bis Juni ist die Zahl der „im Beruf beschränkt

Vorgemerkte Stellensuchende in einigen Berufsklassen im August¹⁾

Berufsklasse	1953		1954 ²⁾		Abnahme 1954 in % der Abnahme 1953 ²⁾
	Stand	Veränderung gegenüber Vormonat	Stand	Veränderung gegenüber Vormonat	
Bauarbeiter	16.543	—1.359	7.615	— 2.011	148·0
davon Baufacharbeiter ...	5.276	— 498	2.139	— 517	103·8
davon Bauhilfsarbeiter ...	11.267	— 861	5.476	— 1.494	173·5
Metallarbeiter	16.686	— 346	9.394	— 1.582	457·2
Holzarbeiter	5.027	— 586	2.596	— 567	96·8
Textilarbeiter	7.514	— 453	6.972	— 922	203·5
Bekleidungsarbeiter	15.316	—1.215	11.512	— 2.214	182·2
Gastgew. Arbeiter	3.975	+ 49	4.145	— 81	—
Hilfsarbeiter wechselnder Art	12.118	— 216	11.685	— 723	334·7
Männer	68.706	—3.471	41.617	— 6.901	198·8
Frauen	60.497	—1.609	56.877	— 4.479	278·4
Zusammen...	129.203	—5.080	98.494	—11.380	224·0

¹⁾ Q: Bundesministerium f. soz. Verw. nach den Meldungen der Landesarbeitsämter. — ²⁾ Vorläufige Zahlen.

Vermittlungsfähigen“ (in der Mehrzahl handelt es sich um Personen, die auch außerhalb des Berufes nur beschränkt vermittlungsfähig sind) relativ weit schwächer zurückgegangen als die Gesamtarbeitslosigkeit (um 11.100 oder 28·0% gegen insgesamt 60·5%). Im Juli ist sie sogar leicht gestiegen. Der Anteil der beschränkt Vermittlungsfähigen an der Gesamtarbeitslosigkeit betrug Ende Juli mehr als ein Viertel (26·2%). Vor zwei Jahren hatte er nur 15·1% betragen. Besonders hoch ist er bei den Männern mit durchschnittlich 37·0%, gegenüber nur 17·7% bei den Frauen.

Die „Rate“ der beschränkt Vermittlungsfähigen ist in den einzelnen Berufsklassen verschieden hoch. Ende Juli war der Anteil der nicht voll einsetzbaren Arbeitskräfte unter den Stellensuchenden in keiner Berufsklasse geringer als 10%. Wie zu erwarten war, ist er besonders in jenen sehr groß, in denen die Arbeitslosigkeit stark gesunken ist (Bauberufe). Aber auch in Berufen mit hoher Arbeitslosigkeit können die beschränkt Vermittlungsfähigen stark vertreten sein, sofern der Beruf geringe Qualifikationen erfordert (Hilfsarbeiter allgemeiner Art). Am geringsten war der Anteil bei einigen typischen Frauenberufen (Bekleidung, Textilien, Hauswirtschaft).

Anteil der im Beruf beschränkt Vermittlungsfähigen an den vorgemerkten Stellensuchenden in den einzelnen Berufsklassen

10—20%	20—30%	30—40%	40—50%				
Ledarbeiter	13	Reinigungsarbeiter	20	Holzarbeiter	31	Bauarbeiter	43
Bekleidungsarbeiter	13	Eisen- und Metallarbeiter	24	Verkehrsarbeiter	34	Baufacharbeiter,	51
Schneider	12	Gießereiarbeiter	32	Gastgewerbliche Arbeiter	34	davon Maurer und Stukkateure	64
Schuster	15	Elektriker	37	Hilfsarbeiter allgemeiner		Bauhilfsarbeiter	40
Textilarbeiter	14	Kaufmännische u. Büro-		Art	35	Körperpflegeberufe	45
Papierarbeiter	16	angestellte	27	Hilfsarbeiter wechselnder Art	32	Maschinen und Heizer	46
Graphische Arbeiter	16	Techniker	29	Bergarbeiter	38		
Hauswirtschaftliche Arb.	17	Steinarbeiter	29				
Übrige Angestellte	18	Steingewinner	43				
Nahrungs- und Genuß-		Zieglmacher	30				
mittelarbeiter	18	Land- und Forstarbeiter	29				
		Landarbeiter	26				
		Forstarbeiter	33				

Q.: Bundesministerium f. soz. Verwaltung.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Juli, wie stets nach Schulschluß, stark gestiegen. Es wurden vor allem mehr Lehrstellen gesucht. Die Zahl der sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden stieg sprunghaft um 16.500 auf 27.800. Von der Zunahme entfielen 10.800 auf Knaben und 5.700 auf Mädchen. Immerhin konnten 5.786 Lehrstellen besetzt werden, um 577 mehr als im Juli 1953 (in den vorangegangenen Monaten war die Zahl der Lehrplatzvermittlungen stets etwas geringer gewesen als im Vorjahr). Auch sonstige Arbeitsplätze wurden im Juli mehr von Jugendlichen nachgefragt als im Vormonat. Die Zunahme war vor allem bei den 14- und 15jährigen relativ stark (um + 700 auf 1.700), bei den 16- und 17jährigen schwächer (um + 300 auf 2.000). Die Zahl der 16- und 17jährigen stellensuchenden Knaben ging sogar leicht zurück.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Der Güterverkehr der Bundesbahnen war im Juli mit 543·8 Mill. netto-t-km um 4% höher als im Juni. Die Mehrleistung geht jedoch nur auf die größere Zahl von Arbeitstagen (27 gegen 24 im Juni) zurück. Je Arbeitstag wurden um 8% weniger Wagen gestellt als im Vormonat. Die Hochwasserkatastrophe brachte der Bahn zwar zusätzliche Güter, die sonst im Schiffsverkehr befördert worden wären. Da jedoch auch der Bahnverkehr unter den Überschwemmungen litt — der Verkehr von und nach den Donauhäfen, aber auch andere Bahnstrecken waren tagelang unterbrochen —, entstand in der ersten Monatshälfte ein stärkerer Ausfall, der selbst durch die sehr rege Verladetätigkeit ab Monatsmitte nicht mehr kompensiert werden konnte. Die Verkehrsleistung des gleichen Monats 1953 und 1952 wurde aber noch immer um 18% und 8% überboten.

Wagenstellungen nach Güterarten (Voll- und Schmalspur)

	1954		Veränderung		
	Juni	Juli	Monatsergebnis		Arbeitstägig gegen Vormonat
			Vorjahr	Vormonat	
Insgesamt.....	153.639	160.900	+ 5'2	+ 4'7	- 6'9
davon					
Kohle, Koks.....	18.816	21.004	- 1'3	+ 11'6	- 0'8
Holz.....	22.773	21.234	+ 11'7	- 6'8	- 17'2
Baustoffe.....	25.148	23.478	+ 6'5	- 6'6	- 17'0
Eisen, Metalle....	9.731	10.797	+ 1'5	+ 11'0	- 1'2
Papier, Zellstoff...	5.600	5.523	+ 25'9	- 1'4	- 12'0
Erze.....	7.436	7.617	- 2'9	+ 2'4	- 9'0
Kunstdünger.....	2.484	2.062	- 6'1	- 17'0	- 26'9
Nahrungsmittel...	7.988	7.961	- 8'5	- 0'3	- 11'4
Stückgut.....	25.663	28.070	+ 5'3	+ 9'4	- 2'7
Sammelgut.....	4.367	4.816	+ 8'3	+ 10'3	- 2'2
Zuckerrüben.....	2	2	—	—	—
Andere.....	22.631	28.336	+ 10'1	+ 19'9	+ 6'5

Obwohl sich der Wagenumlauf in vielen Fällen verzögerte — infolge des Hochwassers konnten Wagen nicht entladen werden und mußten auf Unterbrechungsstellen abgestellt werden —, war die Wagenlage befriedigend. Fremdwagen ersetzen den Ausfall von Eigenwagen; allerdings mußten dafür höhere Wagenmieten in Kauf genommen werden. Der Bedarf an Kühlwagen konnte auch im Berichtsmonat nur ungenügend gedeckt werden. Der gesamte Wagenbedarf wurde zu 95·2% gedeckt, die Wagenumlaufzeit betrug 5·2 Tage.

Im Reiseverkehr wurden im Juli 5·9 Mill. Karten verkauft, um 8% mehr als im Juni, aber um 10% weniger als in den Vergleichsmonaten 1953 und 1952. Hingegen sind die Zugs- und Wagenachskilometer dank der gegenüber dem Vorjahre besseren Verkehrsbedienung durch die ÖBB um knapp 8% gestiegen.

Der Personen-Straßenverkehr von Bahn und Post beförderte im Juli 6·9 Mill. Personen. Die Frequenz war nicht nur um 12% geringer als vor einem Jahr, sondern blieb auch hinter dem Juniergebnis zurück, obwohl sonst der Verkehr von Juni auf Juli stark steigt. Die etwas höheren Leistungen der Postautobusse reichten nicht aus, den Rückgang bei den Autobussen der Bundesbahnen (saisonbedingt geht im Juli der Schüler- und sonstige Berufsfahrerverkehr zurück) aufzuwiegen. Der private Linienverkehr war hingegen im Juni gut beschäftigt (Julidaten liegen noch nicht vor) und beförderte mit 3·02 Mill. Personen rund 100.000 mehr als im Vorjahre.

Schiffsverkehr auf der Donau

	April	1954		Juli
		Mai	Juni	
Gesamt.....	213.598	228.900	222.516	174.476
Einfuhr.....	114.975	124.304	188.449	107.356
Ausfuhr.....	41.869	51.017	52.633	37.998
Inland.....	22.930	14.805	13.125	9.139
Transit.....	33.824	38.774	56.309	19.983
Hafenumschlag				
Linz.....	150.692	155.941	138.499	119.963
Wien.....	45.192	43.493	37.912	41.256
Waren ²⁾				
Kohle.....	110.498	112.498	90.509	93.519
Roheisen.....	16.483	23.592	25.627	10.379
Bleche.....	6.907	9.027	7.196	7.663
Mineralölprodukte ¹⁾ ..	17.969	24.327	19.577	11.990
Andere.....	27.917	20.994	23.298	30.942

¹⁾ Ohne Transit. — ²⁾ Benzin, Gasöl, Heizöl.

Der Schiffsverkehr auf der Donau wurde im Juli durch das Hochwasser behindert und blieb mit 174.476 t um 22% unter dem Juniergebnis. Teilweise beruht der Rückgang auch auf geringeren Exportverfrachtungen, insbesondere von Roheisen. Im Ost-West-Verkehr wurden einige Getreidetransporte von Ungarn nach Westdeutschland durchgeführt. Das Schifffahrtsabkommen zwischen Deutschland und Un-

garn, das Ende Juli getroffen wurde, läßt hoffen, daß im Spätherbst ein regelmäßiger Transitverkehr für diese Länder aufgenommen werden kann. Allerdings wird die Frage der Quotenaufteilung zwischen den einzelnen Schiffahrtsgesellschaften nicht leicht zu lösen sein.

Der *Flugverkehr* nahm im Juli stärker als üblich zu. Von den 11.812 beförderten Personen, d. s. um 40% mehr als im Vorjahr, flogen 6.248 Personen ein, 5.564 reisten aus. Am stärksten stieg der Verkehr auf den Wiener Flughäfen, in Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt. In Graz und Linz blieb er weit hinter dem der übrigen Städte zurück, in Graz war er sogar schwächer als im Vorjahr.

Die Flugverbindungen mit dem Ausland wurden im Juli durch zwei weitere Relationen bereichert. Seit 19. Juli befliegt die italienische Fluggesellschaft LAI die Strecke Wien-München-Venedig-Rom und Wien-München-Mailand dreimal wöchentlich. Damit haben nunmehr alle österreichischen Nachbarstaaten einen Flugverkehr über Österreich eingerichtet.

Flugverkehr von und nach Österreich

	Passagiere			
	April	Mai	Juni	Juli
Schwechat	3.930	4.961	5.343	5.619
Tulln	878	1.300	1.009	1.134
Vöslau	690	240	616	725
Salzburg	251	535	1.193	2.060
Graz	46	59	111	158
Linz	45	53	48	112
Innsbruck	22	214	1.145	1.440
Klagenfurt	13	115	460	564
Zusammen.....	5.875	7.477	9.925	11.812
1953.....	4.879	6.731	8.261	8.489

Im *Fremdenverkehr* wurden im Juli 40 Mill. Übernachtungen gezählt, um 8% mehr als im Vorjahre. Die Zunahme ist ausschließlich dem hohen Ausländerverkehr (1'85 Mill., das sind um 20% mehr als im Juli 1953) zu verdanken. Die Zahl der Übernachtungen von Inländern war dagegen etwas geringer als im Vorjahr, da die Auslandsreisen von Österreichern stark zunehmen. Die Zahl der Grenzübertritte einreisender Ausländer war mit 1'86 Mill. Personen um 24% höher als im Jahre 1953. Von den einreisenden Personen bedienten sich 80% des Straßenverkehrs.

Die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr betragen im Juli 394'1 Mill. S, die Ausgaben 61 Mill. S. Das sind 17% und 133% mehr als im Vorjahre. Der Devisensaldo belief sich auf 333'1 Mill. S gegen 315'7 Mill. S im Juli 1953.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Im Juli ging die Gesamteinfuhr um 16 Mill. S auf 1.278 Mill. S zurück. Da gleichzeitig die Ausfuhr um 36 Mill. S auf 1.327 Mill. S stieg, war der gesamte Außenhandel nach zwei Monaten mit passivem Saldo wieder mit 49 Mill. S aktiv. Der kommerzielle Verkehr schloß sogar mit einem Überschuß von 106 Mill. S.

Die *Einfuhr* ging zurück, weil saisonbedingt weniger Nahrungsmittel (Getreide, Obst und Gemüse) eingeführt wurden. Ihr Anteil an der Gesamteinfuhr sank von 19% im Juni auf 16% im Juli (Juli 1953: 17%). Aus dem gleichen Grund wurde auch weniger aus Osteuropa importiert. Die Einfuhr aus diesen Ländern ging von 125 Mill. S auf 95 Mill. S und ihr Anteil an der Gesamteinfuhr von 10% auf 7% zurück. Die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren war annähernd gleich hoch wie im Vormonat. Dagegen hielt die Tendenz steigender Fertigwarenimporte an, die seit der zweiten Liberalisierungs-etappe vom Dezember 1953 begonnen hatte. Während die Gesamtimporte seit Jänner dieses Jahres in vier Monaten zurückgingen und nur in zwei Monaten zunahmen, ist der Import von Fertigwaren mit Ausnahme von April von Monat zu Monat gestiegen. Im Juli erreichte er mit 423 Mill. S oder einem Drittel der Gesamteinfuhr (1953: 24%, I. Quartal 1954: 25%) einen neuen Höhepunkt. Vor allem Maschinen und Autos wurden in größerer Zahl eingeführt. Diese Entwicklung kommt vor allem Westdeutschland zugute, das bisher den größten Nutzen aus der österreichischen Liberalisierung zog. Im Juli konnte es seine Warenlieferungen nach Österreich neuerlich um 27 Mill. S (Maschinen, Textilien, verschiedene Konsumwaren, Bücher und eine größere Roggenlieferung) auf den neuen Höchststand von 486 Mill. S steigern. Es bestritt damit 38% aller österreichischen Einfuhren (1953: 28%, I. Quartal 1954: 32%).

Noch deutlicher ist die wachsende handelspolitische Bedeutung Westdeutschlands im *Export*. Hatte im Sommer 1953 die Wechselkursangleichung die Ausfuhr nach allen Richtungen belebt, so blieb heuer der saisonübliche Rückschlag in den Sommermonaten nur dank der westdeutschen Konjunktur aus. Sie förderte insbesondere die österreichische Ausfuhr von Holz, Zellulose, Papier und Metallen. Von der Ausfuhrsteigerung im Juli um 36 Mill. S entfielen nicht weniger als 33 Mill. S auf die Ausfuhr nach Westdeutschland, die mit 342 Mill. S einen neuen Höchstwert erreichte, der um 73% über dem Stand zu Jahresbeginn lag. Da die Exporte nach anderen Ländern seit dem Saisonhöhepunkt im März dieses Jahres

ziemlich stark (wertmäßig um 8 2/10%) zurückgingen; stieg der Anteil Westdeutschlands am österreichischen Export von 20% (19%) im Jahre 1953 (im I. Quartal 1954) auf 26% im Juli.

Österreichs Einfuhr aus Westdeutschland und dem sonstigen Ausland

1954	Insgesamt	Westdeutschland Mill. S	Sonstiges Ausland
I.	1.207	356	851
II.	1.098	348	750
III.	1.326	442	884
IV.	1.189	430	759
V.	1.366	479	887
VI.	1.294	459	835
VII.	1.278	486	792

Österreichs Ausfuhr nach Westdeutschland und dem sonstigen Ausland

1954	Insgesamt	Westdeutschland Mill. S	Sonstiges Ausland
I.	1.041	198	843
II.	1.202	218	984
III.	1.343	270	1.073
IV.	1.334	286	1.048
V.	1.330	289	1.041
VI.	1.291	309	982
VII.	1.327	342	985

Außer dem Export nach Westdeutschland konnte im Juli nur der nach der Schweiz nennenswert gesteigert werden; er erreichte mit 66 Mill. S (+ 11 Mill. S) einen neuen Höchstwert. Es wurden vor allem mehr Textilien (+ 4 Mill. S), Molkereierzeugnisse, Eisen und Stahl (je 3 Mill. S Mehr-export) sowie Obst und Gemüse (+ 2 Mill. S) exportiert. Der Export von Maschinen und Verkehrsmitteln ging dagegen zurück.

Außenhandelsvolumen und Außenhandelspreise im II. Quartal 1954

Die fortschreitende Liberalisierung und die freizügige Devisenzuteilung ließen das *Einfuhrvolumen* im II. Quartal nicht unbedeutend (um 9%) steigen. Es war zum ersten Male seit zwei Jahren wieder um 7% höher als im Jahre 1937. Selbst die kommerzielle Einfuhr überstieg um 4% den Vorkriegsstand. Die Liberalisierung wirkte sich — da die Rohstoffe schon bisher bedarfsdeckend eingeführt wurden — nur für Fertigwaren aus. Das Volumen der gesamten Halb- und Fertigwarenimporte¹⁾ erhöhte sich gegenüber dem I. Quartal um 21%. Besonders stark stieg die Einfuhr von Gebrauchswaren²⁾ (+ 37%), Maschinen und Verkehrsmitteln (+ 21%, insbesondere Autos)

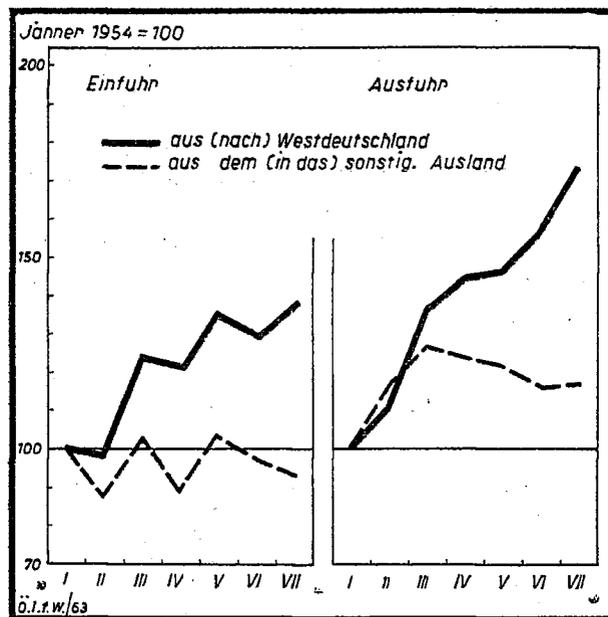
¹⁾ Chemische Erzeugnisse, Halb- und Fertigwaren, Maschinen und Verkehrsmittel, sonstige Fertigwaren.

²⁾ „Sonstige Fertigwaren.“

und von chemischen Erzeugnissen (+ 15%). Die Einfuhr von Roh- und Brennstoffen war um 10% und 9% niedriger als im I. Quartal 1954, aber um 2 bzw. 4% höher als ein Jahr vorher. Dagegen ist die Einfuhr von Nahrungsmitteln gegenüber dem I. Quartal 1954 saisonbedingt um 17% gestiegen, erreichte aber erst 69% der Vorjahresmenge. Stark vermindert wurde im II. Quartal die Einfuhr von Genußmitteln, da im April und Mai nur wenig Tabak eingeführt wurde.

Österreichs Außenhandel mit Westdeutschland und dem sonstigen Ausland

(Normaler Maßstab; Jänner 1954 = 100)



Seit Beginn dieses Jahres zeigt nur der Außenhandel mit Westdeutschland eine steigende Tendenz, während der sonstige Außenhandel — von saisonmäßigen Schwankungen abgesehen — mehr oder weniger stabil bleibt. Die stärkere außenwirtschaftliche Verflechtung mit Westdeutschland ist auf der Einfuhrseite eine Folge der österreichischen Liberalisierung, die vor allem westdeutschen Firmen zugute kam, auf der Ausfuhrseite macht sich die lebhaftere westdeutsche Konjunktur bemerkbar. Durch diese Entwicklung ist der Anteil Westdeutschlands am österreichischen Außenhandel höher als je zuvor: er betrug im Juli bei der Einfuhr 38% und bei der Ausfuhr 26%.

Das *Ausfuhrvolumen* stieg im II. Quartal um 6% auf 176 (1937 = 100) und lag um 3% über dem Rekordniveau des letzten Vorjahresquartals. Die Belebung der westeuropäischen Konjunktur förderte besonders die Ausfuhr von Rohstoffen (+ 28%) sowie von Maschinen und Verkehrsmitteln (+ 8%). Diese beiden Gruppen erzielten ihr bisher höchstes Ausfuhrvolumen. Außerdem hatten sich die Exporte von Nahrungsmitteln um 12% (besonders Lebendvieh und Molkereierzeugnisse) und die von Konsumfertigwaren um 18% (besonders Lederwaren, keramische

und Glaswaren, feinmechanische Waren u. a.) belebt, erreichten jedoch nicht das Volumen des IV. Quartals 1953. Dagegen gingen die Exporte chemischer Erzeugnisse gegenüber dem I. Quartal 1954, als große Mengen Stickstoff vor allem nach den Oststaaten exportiert worden waren, um fast ein Drittel zurück.

Ausfuhrvolumen der Konsumfertigwaren

Jahr	Quartal			
	I.	II.	III.	IV.
		1937=100		
1951	70	62	76	76
1952	60	69	85	103
1953	82	81	93	118
1954	94	111		

Die *Außenhandelspreise* haben sich im II. Quartal 1954 nur wenig verändert. Die Einfuhrpreise waren im Juni um 1,3% niedriger und die Ausfuhrpreise um 2,1% höher als im März. Dadurch besserten sich die Austauschverhältnisse im Außenhandel wieder ein wenig: von dem tiefen Stand von 94 (1950 = 100) im I. Quartal dieses Jahres auf 97, um einen Punkt über dem Stand vom Ende des Vorjahres.

Das leichte Anziehen der *Ausfuhrpreise* geht darauf zurück, daß für Vieh und Wein bessere Preise erzielt werden konnten und die westeuropäische Konjunktur die Holzpreise und die Preise einiger anderer Rohstoffe (z. B. Sintermagnesit, Eisenerz, Schrott) hin-

auftrieb. (Der Ausfuhrpreisindex der Rohstoffe ist von März bis Juni um 7,4% gestiegen.) Die Festigung der Eisen- und Stahlpreise auf den Weltmärkten läßt höhere Erlöse für Halbfertigwaren erwarten, sofern nicht die Errichtung des gemeinsamen Edelfeststoffmarktes in den Montanunionländern Österreich zu besonders starken Preiskonkzessionen zwingt.

Im Gegensatz zu den Ausfuhrpreisen haben sich die *Einfuhrpreise* für Rohstoffe nicht erhöht. Brennstoffe und Textilrohstoffe, die Österreich in großen Mengen einführen muß, werden auf den internationalen Märkten in hinreichenden Mengen angeboten, die höheren Preise für Kaffee und Kakao wurden durch die sinkende Tendenz der Getreidepreise und die saisonmäßige Verbilligung von Kartoffeln, Eiern usw. weitgehend ausgeglichen. Der leichte Rückgang des Einfuhrpreisindex ist großtenteils billigeren Fertigwarenimporten (insbesondere Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse) zu danken, deren Preise im Durchschnitt um 6,7% sanken. Ob sich nur das Importsortiment von teuren auf billige Waren verschoben hat oder ob die Liberalisierung die ausländischen Firmen (und die inländischen Importeure) zu einem schärferen Preiswettbewerb zwingt, läßt sich aus den bisher vorliegenden Unterlagen nicht eindeutig feststellen.